

In dieser Ausgabe der AGRAR-HINWEISE u.a. :

- „Duell der Kartoffel-Felder“
- Einigung über „neue“ EU -Öko-Verordnung (incl. Vorgeschichte)
- Weiter offene Fragen bei Bio
- Interviews mit Bartmer (DLG) und Hilse (Bauernverband)
- Kommentare FAZ, AbL, taz, Grüne zum Bauerntag und zum Tierhaltungs-Umbau
- Milchmarkt, Weidemilch, Anbindede-Haltung, Tierärztkosten
- Kooperation FiBL – DLG
- Große Agrarsubventions-Empfänger
- Bodenmarkt
- Auseinandersetzungen um Düngung, Pestizide, Glyphosat, Freihandelsabkommen
- Brasilien-Fleischkorruption
- Widerstand gegen Agrarfabriken
- Tierärzte und Tierschutzbund zu Kastration
- Hinweise zu Literatur, TV, Veranstaltungen, Links

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:

Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel

0151-11201634 – eckehard.niemann@freenet.de

Newsletter „Agrar-Hinweise“ – 29.6.2017

vorherige Ausgaben auf der Internetseite <http://www.abl-niedersachsen.de/>

Duell der Felder: Schirmherr Meyer besucht das Feld



[NWZplay](#)

3.000

187 Aufrufe

Veröffentlicht am 27.06.2017

Beim Duell der Felder zwischen Junglandwirten und Journalisten machen sich aktuell die Kartoffelkäfer über das Journalisten-Feld her. Aber Hilfe eilt in Form eines hohen Besuches herbei: Umweltminister Meyer sammelt zusammen mit Chefredakteur Lars Reckermann die Käfer ein und stellt sich den Fragen

<https://www.youtube.com/watch?v=zoi-XqDmYXU>



Der Kartoffelkäfer

Glücklicherweise ist der Kartoffelkäfer heute kein so großes Problem mehr wie in früheren Zeiten. Dies ist zum Teil durch den verringerten Anbauumfang verursacht. Falls der Kartoffelkäfer doch mal in zu großen Scharen auftritt, so können wir ihn mit einem Absammelgerät (siehe Bild) vom Acker holen. Diese Maschine bläst die Käfer und die Larven, die am meisten fressen, von den Stauden und fängt sie in Schalen auf.<http://www.gutkartoffeln.de/kartoffelanbau/>

NWZ – 28.6.2019

LÄNDER UND EU-PARLAMENT EINIGEN SICH

Neue Regeln für Öko-Landbau beschlossen

Einheitliche Regeln und harmonisierte Importstandards sollen dem Biosektor zu weiterem Aufschwung verhelfen, doch bisher konnten sich die EU-Länder und das Parlament nicht einigen. Jetzt wurde ein gemeinsamer Nenner gefunden.

BRÜSSEL Nach jahrelangem Streit haben sich die EU-Länder und das Europäische Parlament auf neue Regeln für den ökologischen Landbau und für die Kennzeichnung von Bioprodukten geeinigt. Dies teilten die Unterhändler am Mittwochabend mit. Einheitliche Regeln für die gesamte EU und harmonisierte Importstandards sollen dem Biosektor zu weiterem Aufschwung verhelfen. Schärfere Kontrollen sollen zudem bei Verbrauchern Vertrauen stiften.

Die neuen Regeln müssen aber noch von der Vertretung der EU-Länder und vom [EU-Parlament](#) gebilligt werden. Sie sollen ab 2020 gelten.

Den Entwurf der Verordnung mit Regeln zum Anbau und zur Kennzeichnung von Produkten aus der ökologischen Landwirtschaft hatte die [EU-Kommission](#) schon Anfang 2014 vorgelegt. Als Ziel nannte sie, mit übersichtlichen Biosiegeln

Verbrauchern die Auswahl zu erleichtern und Etikettenschwindel zu unterbinden. Doch rangen die Unterhändler der Mitgliedsländer und des EU-Parlaments seit Oktober 2015 um Details.

Der Grünen-Abgeordnete Martin Häusling zeigte sich als Vertreter des Parlaments erleichtert, dass nun endlich ein Durchbruch gelang. Er nannte der Deutschen Presse-Agentur als wichtige Punkte die harmonisierten Standards für Importe von Bioprodukten in die EU, die Vereinheitlichung von Kontrollen und einheitliche Regeln für Biosaatgut. Er kündigte für Donnerstag eine Pressekonferenz an.

MdEU -Martin Häusling:

... nach drei Jahren Verhandlungszeit konnte die Trilogverhandlungen für die reformierte EU-Öko-Verordnung gestern abgeschlossen werden.

Zum Verhandlungsergebnis: sieh Pressemitteilung des AGRI-Ausschusses des Europäischen Parlaments:

<http://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20170628IPR78527/organic-food-new-rules-for-eu-label-agreed>

mehr Hintergrundinformationen zu Inhalt und Prozess: siehe Background-Briefing des Europäischen Parlaments:

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/background/20170627BKG78420/20170627BKG78420_en.pdf

Vorstellung des gestrigen Verhandlungsergebnis:

HEUTE, 9.30 Uhr Pressekonferenz des Europäischen Parlament mit Bericht- und Schattenberichterstatern

Link zur Live-Übertragung:

<http://ec.europa.eu/avservices/ebs/live.cfm?page=2>

Programmhinweis auf die Pressekonferenz:

<http://ec.europa.eu/avservices/ebs/schedule.cfm?page=2&date=06/29/2017>

weitere Informationen:

Büro Brüssel (martin.haeusling@europarl.europa.eu)
0032 22845820

Europabüro

Martin Häusling, MdEP Mitglied des Europäischen Parlaments

Koordinator für die Grünen/EFA im Agrarausschuss (AGRI), Mitglied des
Umweltausschuss (ENVI)

Kaiser-Friedrich-Ring 77 - 65185 Wiesbaden (9:00 - 15:00 Uhr)

tel. 0611 - 98920-30, fax -33, info(at)martin-haeusling.de, www.martin-haeusling.eu

www.facebook.com/martin.hausling / www.twitter.com/MartinHaeusling

Organic food: new rules for EU label agreed

Press Releases – AGRI - Yesterday

Stricter checks in the supply chain

new EU anti-contamination rules

Imported food to comply with EU standards

New rules to increase consumer trust in organic foodstuffs and unleash the sector's potential for growth were informally agreed with Council' negotiators on Wednesday.

To increase consumers' trust:

- **Strict, risk-based controls along the supply chain** that, on Parliament's insistence, will be on-site and for all operators, at least annually or one every two years if no fraud is found in the last three years.
- **Imports to comply with EU standards:** current "equivalence" rules, requiring non-EU countries to comply with similar but not the same standards, will be phased out within five years; to avoid sudden disruption of supply, Commission could, for a renewable period of two years, allow imports of specific products, even if not fully compliant with EU standards (e.g. due to specific climate conditions).
- **Contamination with pesticides:** farmers will be obliged to apply precautionary measures to avoid contamination; in case of suspected presence of e.g. a non-authorized pesticide or fertiliser, the final product should not bear the organic label until further investigation; if contamination was deliberate or farmer failed to apply newly introduced precautionary measures, it will lose its organic status.
- Member states currently applying **thresholds for non-authorized substances** in organic food, such as pesticides, could continue to do so, if

they allow other EU countries' organic foodstuffs complying with EU rules to access their markets.

Four years after entry into force of this regulation, the Commission would report back on the efficiency of the EU anti-contamination rules and national thresholds and, if need be, come up with a draft law to harmonise them.

To boost EU organic food production:

- **Increasing supply of organic seeds and animals:** better data gathering on the availability of organic seeds and animals should increase their supply to meet the needs of organic farmers. Derogations allowing the use of conventional seeds and animals in organic production would expire in 2035, but the end-date could be pushed back or forward, depending on increased availability of organic seeds and animals.
- **Mixed farms:** farms producing both conventional and organic food would be allowed on condition that the two farming activities are clearly and effectively separated.
- **Easier certification for small farmers:** group certification for small farmers would make their life easier and attract more of them into the organic farming business.

Rapporteur and chief EP negotiator [Martin Häusling \(Greens/EFA, DE\)](#) will hold [a press conference on Thursday at 09:30 on the outcome of the negotiations](#) (Anna Politkovskaya room - PHS 0A50).

Also jetzt EU-weit:

- Jährliche oder zweijährliche Kontrollen, deutsches Kontrollsystem bleibt
- Light-Standards von Import-Bio laufen binnen 5 Jahren aus
- Bei nicht selbst verschuldeten Pestizidrückständen in Biowaren verlieren die Waren ihren Biostatus, der Betrieb aber nicht seinen Biostatus (binnen 5 Jahren sollen die Ursachen von solchen Kontaminationen erforscht sein).

- Länder mit spezifischen Rückstands-Grenzwerten bei Bio können diese bis dahin behalten.
- Datenbanken über zugelassenes Bio-Saatgut oder Jungtiere sollen erarbeitet werden – (nach deutschem Vorbild auch in anderen Ländern).
- Gemischtbetriebe mit Öko- und Nichtöko-Betriebszweigen bleiben weiter erlaubt, wenn eine klare Trennung erfolgt.

Fazit: Für deutsche Biobetriebe ändert sich nicht viel, einige deutsche Standards sollen nach und nach auch EU-weit gelten. Bio wird in Deutschland auch weiterhin nicht über die Rückstandsfreiheit definiert (es gelten auch bei Biowaren die allgemeinen Rückstands-Höchstwerte), sondern über die Produktionsweise. E.N.

Zur Vorgeschichte:

BLW: von aiz, am Mittwoch, 28.06.2017:

Europäische Union EU-Bioverordnung: Gute Chancen auf Einigung

Brüssel - Die EU-Mitgliedstaaten haben sich auf eine gemeinsame Position zur Reform der EU-Bioverordnung geeinigt, nachdem sie schwierige Punkte ausgeklammert haben.

Die EU-Länder schlossen sich im Sonderausschuss Landwirtschaft dem Vorschlag der EU-Kommission an. Danach soll die EU-Kommission in einigen Jahren einen Bericht über Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Bioerzeugnissen verfassen und dann gegebenenfalls einen Vorschlag vorlegen. EU-Mitgliedstaaten, die heute schon besondere Grenzwerte für unerlaubte Substanzen in Bioprodukten haben, dürfen diese beibehalten. Auch Biobauern mit Gewächshäusern in den skandinavischen Ländern dürfen weitermachen. Für sie gilt der Bestandsschutz, neue Gewächshäuser dürfen aber nicht hinzukommen. Die Einigung im Rat sei ein starkes Signal, lobte der deutsche Europaabgeordnete **Martin Häusling** von den Grünen. Der Berichterstatter im Europäischen Parlament ist jetzt zuversichtlich, dass es im Trilog am Mittwoch zu einer Einigung kommen wird.

BÖLW:

Update des Bio-Rechts: Parlamentsverhandler Häusling muss Defizite ausbügeln oder Beratungen abbrechen

Bundesminister Schmidt darf aktuellem Vorschlag im EU-Agrarrat nur zustimmen, wenn Knackpunkte in weiteren Verhandlungen beseitigt werden

Brüssel/Berlin, 26.06.2017. Die EU-Staaten haben der Maltesischen Ratspräsidentschaft trotz gravierender Differenzen ein Mandat für einen weiteren Trilog am kommenden Mittwoch erteilt. „Auch wenn es nach knapp drei Jahren erstmals Fortschritte in den Kompromisstexten gab, sind die vorliegenden Texte nicht geeignet, das neue Bio-Recht besser zu machen als die bestehende Öko-Verordnung“, bewertet Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), das heutige Treffen der EU-Staaten in Brüssel. „Es braucht weiter massive Verbesserungen an den unzulänglichen Entwürfen, ohne die Landwirtschaftsminister Christian Schmidt seine Zustimmung beim Agrarratstreffen Mitte Juli verweigern muss.“

Löwenstein betont: „Jetzt liegt der Ball bei Martin Häusling. Der Berichterstatter des EU-Parlaments drängt auf weitere Verhandlungen. Häusling und das EU-Parlament tragen damit die Verantwortung, aus den strittigen und unzureichend gelösten Punkten tragfähige Kompromisse zu verhandeln, die für Bio-Betriebe, Behörden und Kunden einen echten Fortschritt bringen. Besonders bei Öko-Kontrolle, Importen, Saatgut und Einzelhandel müssen Häusling noch deutliche Verbesserungen gelingen, wenn das Ergebnis zufriedenstellend sein soll.“ Die ursprünglichen Vorschläge des EU-Parlaments für den Trilog waren vom BÖLW mehrfach begrüßt worden.

Der BÖLW-Vorsitzende sagt abschließend „Es gibt eine gute Alternative zu einer schlechten neuen Öko-Verordnung. Das bestehende Öko-Recht kann ohne weiteres fortentwickelt werden. Wenn die Verhandlungspartner nun doch noch einen Abschluss erreichen wollten, muss im Trilog noch viel passieren, um Schaden für die Ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft abzuwenden.“ Der BÖLW teilt damit die Auffassung der Bundesländer, die für die praktische Umsetzung der Öko-Verordnung in Deutschland verantwortlich sind.

2095 Zeichen, Abdruck honorarfrei, um ein Belegexemplar wird gebeten;
Ansprechpartner: Dr. Felix Prinz zu Löwenstein, Tel. 0171.3035686, BÖLW-
Pressestelle, Joyce Moewius, Tel. 030.28482307

Wie geht es weiter?

Der Sonderausschluss Landwirtschaft des Agrarrates (SAL) stimmte heute für ein neues Verhandlungsmandat für den Rat und hat damit den Weg für einen letzten Trilog unter maltesischer Präsidentschaft am 28. Juni ist freigemacht. In diesem möglicherweise letzten Trilog ringen Agrarrat, EU-Parlament und EU-Kommission um einen gemeinsamen Gesetzesvorschlag und versuchen, einen Abschluss der Verhandlungen zu erreichen.

Der BÖLW ist der Spitzenverband deutscher Erzeuger, Verarbeiter und Händler von Bio-Lebensmitteln und vertritt als Dachverband die Interessen der Ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft in Deutschland. Mit Bio-Lebensmitteln und -Getränken werden jährlich von über 37.000 Bio-Betrieben 9,48 Mrd. Euro umgesetzt. Die BÖLW-Mitglieder sind: Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller, Bioland, Biokreis, Biopark, Bundesverband Naturkost Naturwaren, Demeter, Ecoland, ECOVIN, GÄA, Naturland, Arbeitsgemeinschaft der Ökologisch engagierten Lebensmittelhändler und Drogisten, Reformhaus®eG und Verbund Ökohöfe.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.06.2017:
Die Ökobauern laufen gegen EU-Regeln Sturm

...

hmk. BRÜSSEL, 13. Juni. ... In diesen Tagen aber streiten EU-Staaten und Europaparlament über neue Regeln für Bioprodukte, und der Hauptgegner für die Verbandsvertreter ist nicht nur ein Grüner, sondern auch noch selbst ein Ökobauer: der Europaabgeordnete Martin Häusling. Häusling versucht seit Herbst 2015, als Chefunterhändler des Europaparlaments mit den EU-Staaten einen Kompromiss in dem schwierigen Dossier zu finden. Genau darin besteht sein Vergehen. Denn die Biobranche will die neuen Regeln mit allen Mitteln verhindern.

Nach Ansicht der Ökolandbauverbände hätte die neue Ökoverordnung, die die EU-Kommission Anfang 2014 vorgeschlagen hat, vor allem eine Folge: Die Branche, die seit Jahren ein Wachstum zwischen 6 und 9 Prozent verzeichnet, würde wieder in ein Nischendasein gedrängt. Tatsächlich wollte die Kommission die Ökobauern stärker fordern als bisher. Sie argumentierte, dass für diese bisher viel zu viele Ausnahmen gälten, etwa dass sie konventionelles Futter, Saatgut oder Jungtiere verwenden dürften. Das sei gerechtfertigt gewesen, als der Ökolandbau noch in den Kinderschuhen steckte. Heutzutage dürfe man höhere Ansprüche stellen. Deshalb wollte die EU-Behörde auch festschreiben, dass Bioprodukte nur in einem geringen Maß mit Pestiziden belastet sein dürfen. Man wollte, kurz gesagt, sicherstellen, dass, wo "Bio" draufsteht, auch "Bio" drin ist.

Die Biobranche hielt dem entgegen, dass Biofutter und Biosaatgut manchmal nicht zu bekommen seien und Pestizide von konventionell wirtschaftenden Höfen herüberwehten. Solange der Ökobauer sein Bestes versuche, um Belastungen zu verhindern, müsse er seine Produkte auch als Bioprodukt verkaufen können. Damit stießen sie bei Häusling wie auch in der Bundesregierung durchaus auf offene Ohren. In den letzten Verhandlungstexten ist von eigenen, strengen Pestizidgrenzwerten für Bioprodukte gar keine Rede mehr. Die Kommission soll nun lediglich bis 2023 prüfen, wie die teilweise hohen Pestizidbelastungen tatsächlich zustande kommen, und dann eventuell Grenzwerte vorschlagen.

Aber das interessiere den Bund der Ökologischen Lebensmittelwirtschaft und andere Verbände nicht, klagt Häusling. Sie lehnten jeden Kompromiss ab. Dabei habe schon das Streichen der Pestizidgrenzwerte durchaus Nachteile. Jeder Mitgliedstaat könne nun weiter eigene Grenzwerte festlegen. Würde die Ökoverordnung vollends scheitern, würde zudem auch der zweite Kernpunkt des Vorschlags der Kommission gekippt: die Verschärfung der Importkontrollen für Bioprodukte aus Drittstaaten. Bisher gibt es noch nicht einmal einheitliche EU-Standards für die Einfuhr und Kontrolle von Bioprodukten. Auch deshalb ist Betrug an der Tagesordnung. Deswegen wäre es, darin sind sich alle einig, im Interesse der europäischen Ökobauern, wenn die Importkontrollen rasch vereinheitlicht würden. Dennoch jubelten die Verbände, als es vor kurzem danach aussah, dass die Verhandlungen zwischen Europaparlament und Mitgliedstaaten über die Öko-verordnung gescheitert

seien - auch wenn die Streitpunkte mit dem Protest der Verbände kaum etwas zu tun haben.

Am Montag beschlossen die EU-Agrarminister während eines Treffens in Luxemburg, einen letzten Versuch zur Einigung zu unternehmen. Auch der deutsche Agrarminister Christian Schmidt (CSU) stimmte zu. "Die Vernunft hat gesiegt", kommentierte der EU-Abgeordnete Häusling den Beschluss. Man brauche eine Einigung noch vor der Sommerpause, um die Möglichkeiten für die Biolandwirtschaft in der EU zu sichern. Die Protestschreiben der alten Mitstreiter werden nicht lange auf sich warten lassen.

Demeter – 31.5.2016 - MittwochsBlog

Ja zu Europa, aber nein zur Bio-Revision

Sind wir Bioverbände von nationalen Partikularinteressen getrieben, weil wir die Revision der EU Ökoverordnung ablehnen, [wie der Berichterstatter des EU Parlaments Martin Häusling](#) glauben lässt? Bei allem Respekt vor Ihrer engagierten Arbeit und der Ihrer excellenten Mitarbeiter*innen, Herr Häusling, das sind wir ganz sicher nicht!

Häusling bedauert, dass die Verhandlungen zur EU-Öko-Verordnung im Scheitern begriffen sind – wir hingegen halten einen Stopp für den zur Zeit einzig sinnvollen Schritt. Wir stehen ein für ein europäisches Recht, das Regeln dafür festlegt, was in der EU als „bio“ verkauft werden darf. Für die EU als großes Gemeinschaftsprojekt für Frieden und Zusammenhalt in Europa sind wir sowieso und für den Binnenmarkt der Produkte auch. "Ja und Amen" zu sagen zu einem Gesetzestext, der nicht funktioniert, können wir allerdings nicht.

Was ist schief gelaufen? Die EU-Kommission hat 2013 einen Vorschlag für eine neue EU-Öko-Verordnung herausgebracht, der vor Mängeln strotzte. Danach folgten viele konstruktive Gespräche der Bio-Vertreter*innen mit Ministerien, Berichterstatter und weiteren Parlamentarier*innen sowie der politischen Akteure untereinander. Tatsächlich wurde von vielen Seiten aus hart gearbeitet. EU-Rat und -Parlament waren sich untereinander und mit den Bio-Vertretern in vielen Punkten einig. Umso frustrierender, dass es nicht gelungen ist, zu einem wirklich guten Gesetzestext zu kommen. Doch wenn die Textgrundlage nicht stimmig ist, entsteht im demokratischen Prozess leider oft ein Verschlimmbessern, statt einer wirklich umsetzbaren Gesetzesgrundlage.

Im Management gilt, dass man sich durch ohnehin bereits entstandene, irreversible Kosten und Mühen nicht dazu hinreißen lassen soll, laufende Prozesse weiter durchzuziehen, obwohl sie zukünftig keinen Gewinn versprechen. In der Politik kommen zwar noch weitere Erwägungen dazu, aber folgende Gründe sollten uns aufatmen lassen. Wir können den derzeitigen [Stopp des Gesetzgebungsprozesses](#) begrüßen:

- Die in der EU immer noch gültige Öko-Verordnung ist eine solide Grundlage. Bio ist durch den Revisions-Stopp nicht in Gefahr. Vorschläge für gezielte

Verbesserungen des Gesetzes von 2007 liegen vor und müssen endlich eingearbeitet werden.

- Das Bewusstsein für Schwachstellen – wie die mangelnde Konsequenz beim Einsatz von Öko-Saatgut in manchen Mitgliedstaaten – ist geschärft worden. Hierzu müssen auf Umsetzungsebene Verbesserungen erreicht werden sowie durch begleitende Maßnahmen der Fortschritt befördert werden (Forschungsprojekte zu Biozüchtung und Biosaatgut, verbesserte Saatgut-Datenbanken, verpflichtende Verwendung von Biosaatgut einer Kultur bei ausreichender Verfügbarkeit).

Dann wird endlich doch noch gut, was fast vier Jahre lang viele Gemüter erhitzt hat.

Weiterführende Links:

- [Demeter: EU-Ökoverordnung funktioniert so nicht](#)
 - [BÖLW Analysen zur Revision der EU-Ökoverordnung](#)
- Der Mittwochsblog wurde heute von Antje Kölling verfasst.

BÖLW Pressemitteilung

Neues Bio-Recht: Deutschland verhilft Malta zum Weiterverhandeln

Berlin, 02.03.2017. Nach einer dreimonatigen Pause gehen die Verhandlungen zur Revision der EU-Öko-Verordnung unter maltesischer Ratspräsidentschaft weiter. Die Mitgliedsstaaten haben ihre Verhandlungsposition nachbearbeitet und wollen auf dieser Grundlage den Trilog mit EU-Parlament und -Kommission fortsetzen. Den aktuellen Stand kommentiert der Vorsitzende des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Felix Prinz zu Löwenstein:

„Die Bundesregierung hat dazu beigetragen, dass Malta die Verhandlungen um das neue Bio-Recht jetzt fortsetzen wird. Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt setzt mit seinem Go für Weiterverhandeln alles auf eine Karte und geht damit ein hohes Risiko ein. Nicht nur, dass sich Deutschland gegen viele Mitgliedsstaaten stellt, die Malta kein Mandat für die Fortsetzung des Triloges aussprechen wollten. Schmidt riskiert bei dem aktuell unzureichenden Verhandlungsstand, dass es bis zum Sommer nicht gelingt, eine konsistente Öko-Verordnung zu erreichen. Das neue Bio-Recht wäre dann nicht besser als die bestehende Verordnung. Und kein anderes Ziel als ein besseres Bio-Recht kann es für das Update der Öko-Verordnung geben.

Schmidt agiert auch gegen den ausdrücklichen Wunsch der Bundesländer. Noch im Januar hatten die Länder den Bund gebeten, die Verhandlungen zu stoppen und das Bio-Recht auf Grundlage der bestehenden Verordnung weiter zu entwickeln.

Gut ist, dass sich Deutschland und die Mehrheit der EU-Staaten noch einmal dagegen ausgesprochen haben, Bio-Bauern für die Pestizidanwendungen ihrer Nachbarn verantwortlich zu machen. Auch, dass Bio-Pflanzen im Gewächshaus auch künftig nur in echtem Boden wachsen sollen, begrüßen wir. Es fehlen aber weiterhin Regelungen für eine bessere Umsetzung der Kontrolle in Drittländern sowie die Harmonisierung der Abläufe, wenn der Bio-Status von Waren innerhalb der EU in Frage steht.

Agrarminister Schmidt steht im Wort, nur einem besseren Bio-Recht zuzustimmen.“

Die EU-Öko-Verordnung ist der Rechtsrahmen für über 400.000 Bio-Unternehmen in Europa, wo fast 30 Mrd. € mit Bio-Lebensmitteln und -Getränken umgesetzt werden – bei hohen Wachstumsraten (2015: 12,6 %). Der Sektor ist damit eine der Top-Wachstumsbranchen in Europa.

TAZ - ENTWURF FÜR NEUE ÖKO-VERORDNUNG - AUS DOPPELT KONTROLLIERTEM ANBAU

27.04.2015
Pressespiegel,

TAZ - Eine „Europäische Bio-Agentur“ soll den Kampf gegen Etikettenschwindel beim Bio-Siegel effizienter machen. Die Anträge liegen der taz exklusiv vor.

BERLIN taz | Was ist das Bio-Siegel eigentlich noch wert? Betrüger verkauften billiges konventionelles Schweinefleisch als teure Ökoware, Bio-Legehennen bekamen mit Pestiziden verseuchtes Futter aus der Ukraine, und bis heute pferchen Agrarindustrielle 24.000 Ökotierte in ein Gebäude. Doch jetzt soll Bio wieder mehr dem entsprechen, was viele Verbraucher erwarten.

Dazu soll vor allem eine neue „Europäische Bio-Agentur“ beitragen, wie aus dem Entwurf einer neuen Öko-Verordnung hervorgeht, den der grüne Abgeordnete Martin Häusling als „Berichterstatter“ im Auftrag aller Fraktionen des EU-Parlaments geschrieben hat. Die Behörde müsse „Information und Aktivitäten in Verdachtsfällen koordinieren, von denen mehr als ein Mitgliedstaat und/oder Drittländer betroffen sind“, heißt es in Häuslings Änderungsanträgen zu dem vor einem Jahr vorgelegten Verordnungsentwurf der EU-Kommission.

Die 350 Anträge lagen am Wochenende der taz exklusiv vor. In der Regel übernimmt die Mehrheit der Parlamentarier die meisten Vorschläge der Berichterstatter.

Manche EU-Länder haben die Verbraucher bisher nicht konsequent genug vor Betrug geschützt, beispielsweise im Fall des konventionellen Futters für Biolegehennen: Während deutsche Behörden Eiern aus den betroffenen Hühnerfarmen das Bio-Siegel entzogen, ließen die Niederlande die Ware auf dem Ökomarkt, klagt Häusling. Besonders Italien und Rumänien wird immer wieder vorgeworfen, bei mutmaßlichen Betrugsfällen erst ausreichend zu informieren, wenn die Produkte bereits verbraucht wurden.

Eine EU-Bio-Agentur könnte durch ständiges Nachfragen, Datenaustausch und Mängelberichte den Druck erhöhen, die Gesetze effizienter durchzusetzen, und so Betrüger abschrecken.

„Bisher keine Kontrolle der Kontrolle“

Die Agentur würde Häuslings Entwurf zufolge auch die Öko-Kontrollstellen in Ländern außerhalb der EU überwachen, die Bioware nach Europa exportieren. „Bisher gibt es keine Kontrolle der Kontrolle“, kritisiert der Parlamentarier.

Die EU-Kommission dagegen will das Problem korruptionsanfälliger Importe aus Drittländern in den Griff bekommen, indem auch Lieferanten etwa in Afrika künftig die europäischen Ökoregeln ohne Ausnahme einhalten müssen. „Ich kann aber nicht erwarten, dass sie in Burkina Faso plötzlich mit Ökosaatgut arbeiten, wenn sie gerade froh sind, dass sie Schädlinge in den Griff kriegen ohne Spritzmittel“, meint Häusling. Die deutschen Biobauern hätten anfangs ja auch Kompromisse gemacht. Der Grüne will deshalb weiterhin eigene, nicht ganz so strenge Ökostandards für Drittländer akzeptieren.

Warum Bio?

Das Problem: Vor allem die Landwirtschaft ist schuld daran, dass Tier- und Pflanzenarten aussterben. Dünger belasten das Grundwasser sowie Flüsse, Seen und Meere. Auch Pflanzenschutzmittel sowie Medikamentenrückstände aus der Massentierhaltung können Ökosystemen gefährlich werden. Mit laut Umweltbundesamt 7,5 Prozent der Treibhausgasemissionen ist die Branche der zweitgrößte Klimakiller Deutschlands. Zudem ist sie der größte Tierhalter.

Die Ökolösung: EU-weit arbeiten etwa 190.000 Landwirte ökologisch. Die Biolandwirte dürfen keine chemisch-synthetischen Pestizide und keine Kunstdünger benutzen, die die Artenvielfalt gefährden und das Klima belasten. Ihre Tiere müssen grundsätzlich Auslauf und mehr Platz als in der konventionellen Haltung bekommen. (jma)

Zwar überprüft das EU-Lebensmittel- und Veterinäramt (FVO) schon jetzt, wie einzelne Länder kontrollieren. Aber Häusling sagt: „Das FVO hat nur zwei Leute für den Biobereich.“ Die neue Bio-Agentur dagegen solle in der Anfangsphase 20 bis 50 Beschäftigte haben.

Doch Häusling will das Vertrauen in das Bio-Siegel nicht nur durch effizientere Kontrollen stärken. Auch „die Industrialisierung der Ökobranche“ möchte er eindämmen. Künftig sollen nur noch 12.000 Legehennen pro Betrieb erlaubt sein. Auch bei Schweinen will Häusling kleinere Höfe schützen: Jeder Betrieb soll maximal 1.500 Schlachtschweine oder 200 Sauen pro Jahr liefern. Der Seuchendruck und der daraus folgende Antibiotikaeinsatz hänge auch damit zusammen, wie viele Tiere auf einem Fleck leben, argumentiert der Abgeordnete.

Abstriche bei Auslauf im Grünen

Verbraucher erwarten auch, dass Biotiere Auslauf im Grünen haben. Aber in diesem Punkt macht er Abstriche, was die Haltung der Elterntiere von Legehennen angeht. Sein Entwurf erlaubt statt eines Grünauslaufs einen Unterstand mit Maschendrahtwänden. „Viele Branchenvertreter, auch mittelständische, haben mir gesagt: Sonst steigen wir nicht in die Zucht ein.“ Das Risiko, dass sich Elterntiere, die teurer sind als normale Legehennen, über Wildvögel im offenen Auslauf etwa mit Salmonellen infizieren, sei zu hoch.

Zudem will die EU-Kommission das Verbrauchervertrauen in Bio vor allem durch einen besonders niedrigen Pestizidgrenzwert extra für Ökolebensmittel stärken. Dann dürften Biobauern ihre Ernte nicht mit Bio-Siegel verkaufen, wenn ohne ihr Verschulden Chemie von konventionellen Nachbarfeldern herüberweht. Um Risiken auszuschließen, müssten Landwirte und Händler viel mehr Laboranalysen bezahlen. Laut einer Schätzung des Statistischen Bundesamts, die der taz vorliegt, würden die zusätzlichen Untersuchungen allein die deutsche Ökobranche jährlich 86 bis 146 Millionen Euro kosten. So könnte die Regelung viele Betriebe von Bio abbringen. Deshalb hat Häusling diesen Plan in seinem Entwurf gestrichen.

Der Hesse will jedoch Bauern Hemmungen nehmen, Verunreinigungen zu melden. Deshalb fordert er eine Entschädigung für den wirtschaftlichen Schaden, selbst wenn der Verursacher nicht zahlt.

Weiterhin Bioware im Kiosk

Eine Änderung will Häusling auch in einem anderen Punkt erzielen: Bioware soll auch weiter in Läden wie Spätverkäufen oder Kiosken verfügbar sein, die nur ein paar abgepackte Bioprodukte führen. Die EU-Kommission will, dass sich auch diese Händler in Zukunft von einer Öko-Kontrollstelle überprüfen lassen müssen – kostenpflichtig natürlich. Obwohl das Betrugsrisiko hier gegen null tendiert. Häusling will stattdessen Inspektionen für Öko-Catering-Unternehmen vorschreiben.

Anders als von der Kommission gefordert, sollen Biolandwirte Saatgut und Jungtiere aus konventioneller Produktion auch nach 2021 verwenden dürfen – wenn es nicht genug Bioware gibt. „Vor allem in Osteuropa würde ohne diese Ausnahmen keiner auf Bio umstellen, weil das Angebot einfach nicht da ist“, so Häusling. Die EU-Kommission soll aber beim Saatgut mindestens alle zwei Jahre ermitteln, wie groß die Lücke ist. Wird weniger als 80 Prozent der Nachfrage gedeckt, müsste die Behörde mit Förderung gegensteuern.

„Häuslings Bericht ist die bestmögliche Lösung“, sagte Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des Bunds Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), der taz. [\[Pressemitteilung BÖLW v. 24.04.15: Häusling-Bericht zur Revision des Bio-Rechts: Die Richtung stimmt\]](#) Häusling-Bericht zur Revision des Bio-Rechts: Die Richtung stimmt] Er lehnte es jedoch ab, die Zahl der Tiere pro

Betrieb zu begrenzen. Die Regel könne leicht ausgehebelt werden, indem man einen großen Betrieb in mehrere kleine teilt, argumentierte Löwenstein.

Der Bio-Experte der konservativen EVP-Fraktion, Norbert Lins (CDU), zeigte sich zwar über den Vorschlag zur EU-Bio-Agentur „ein wenig skeptisch, weil solche Agenturen oft ein Eigenleben entwickeln, das nicht hilfreich ist“. Aber er sprach sich nicht gegen den Plan aus. Ausdrücklich begrüßte er, dass Häusling den eigenen Pestizidgrenzwert für die Biobranche verhindern will.

Der beim Thema federführende Agrarausschuss wird voraussichtlich im Juli abstimmen. Die Parlamentarier müssen sich dann noch mit dem Rat der Mitgliedstaaten und der Kommission einigen

EURACTIV - BIOPRODUKTE: NEUE EU-VERORDNUNG KÖNNTE ÖKO-LANDBAU AUSBREMSEN

12.01.2015
Pressespiegel,

Euractiv - Immer mehr Europäer wollen Bioerzeugnisse. Doch während die Nachfrage nach nachhaltig erzeugten Lebensmitteln und Tierprodukten aus artgerechter Haltung wächst, hinkt das Angebot hinterher. Eine Gesetzesnovelle der EU könnte diese Kluft zukünftig noch vergrößern, warnen zahlreiche Kritiker.

Ökoprodukte boomen. Nicht nur in Deutschland, dem Pionier in Sachen Bio-Anbau, wächst seit Jahren die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln. Auch im Rest Europas vervierfachte sich der Markt in den vergangenen zehn Jahren.

Laut Zahlen der EU werden EU-weit mittlerweile immerhin rund 5,5 Prozent der gesamten Landwirtschaftsflächen für Ökolandbau genutzt. Das Angebot an Öko-Produkten aber kommt der Nachfrage seit Jahren nicht mehr hinterher. Denn Ökobetriebe haben viel mehr Aufwand als konventionelle Produzenten. Gleichzeitig sind die Erträge geringer und schwanken stärker.

Dieses Paradoxon könnte sich nun noch verstärken, warnen Kritiker. Einige sagen gar einen Rückwärtstrend beim Ökolandbau durch zu strenge EU-Regulierungen voraus. Denn kaum hatte die neue Kommission von Jean-Claude Juncker in Brüssel übernommen, kündigte der neue Agrarkommissar Phil Hogan an, die EU-Öko-Verordnung zu überarbeiten.

Mittlerweile hat die Kommission die Novelle vorgelegt. Das Regelwerk, das voraussichtlich 2017 in Kraft treten soll, sieht strengere Regeln für die Produktion und Einfuhr von Bio-Produkten vor - und könnte damit die Umstellung von Bauern auf Ökolandbau erschweren oder sogar zu einer Rückkehr vieler Produzenten in die konventionelle Landwirtschaft führen.

Mehr Forschung statt stärkerer Regulierung

In Deutschland ist der Unwille darum groß. Bereits im Oktober des vergangenen Jahres hatten sich im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft des Bundestages alle Fraktionen klar gegen eine Totalrevision der EU-Öko-Verordnung ausgesprochen. Der Ökolandbau gehe europaweit ohnehin schon zu langsam voran, beklagen die Kritiker. Die Entwicklungschancen dürften nicht noch durch überzogene rechtliche Hürden behindert werden.

Noch aber ist nicht das letzte Wort gesprochen, denn EU-Rat und -Parlament müssen sich erst zu der Novelle äußern. "Der EU-Rat hat bereits Änderungsvorschläge vorgelegt", beruhigt Felix Bloch von der Generaldirektion Landwirtschaft in der EU-Kommission. Und auch Hogan habe unterdessen eingesehen, dass einige Forderungen der Kommission zu hoch gegriffen waren.

Der neue Vorschlag verspricht, die Vorschriften für die Bioproduktion klarer zu gestalten - durch die Aufhebung verschiedener Sonderregelungen und Ausnahmen, das Verbot des Nebeneinander von ökologischer und herkömmlicher Landwirtschaft am gleichen Ort und stärkere Kontrollen von importierten Bioerzeugnissen. So sollen die durch Betrugsskandale und die Flut von Bio-Siegeln verunsicherten Verbraucher ihr Vertrauen in Öko zurückgewinnen.

"Es herrscht ein wahrer Wettstreit zwischen immer neuen Öko-Labels und Nachhaltigkeits-Kennzeichnungen", sagt Urs Niggli vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau. Gleichzeitig, so warnt er, sei bald eine Stagnation beim Ökolandbau zu erwarten. Um das Ertragsniveau, das bei 50 bis 90 Prozent vom konventionellen Anbau liege, zu erhöhen, seien wesentlich mehr Innovationen bei Düngung und Züchtung von widerstandsfähigen Arten nötig.

Kaum Investitionen in ein ehrgeiziges Ziel

Nach Angaben des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) wurden 2013 in Deutschland 6,4 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche nach den Prinzipien des Ökologischen Landbaus bewirtschaftet. Die Bundesregierung strebt jedoch ein wesentlich größeres, noch von der früheren Landwirtschaftsministerin Renate Künast formuliertes Ziel an: 20 Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche sollten ökologisch bebaut werden.

Spürbar ist das Ziel kaum. Weniger als ein Prozent der Wissenschaftsmittel investiere Deutschland in die Forschung für Lösungen im Bio-Anbau, sagt Niggli. Ebenso hatte bereits der Bundestag kritisiert, die Bundesregierung habe zwar öffentlich bekundet, den Ökolandbau unterstützen zu wollen. Allerdings sehe der Haushalt für das Jahr 2015 keinerlei zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung des Ökolandbaus vor.

"Das Ziel von 20 Prozent kann niemals in absehbarer Zeit erreicht werden, wenn unklar bleibt, wie die EU-Novelle aussieht", beklagt Clemens Neumann vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Die Bauern, fordert er, bräuchten Planungssicherheit und mehr Prämien für die Umstellung in Ökolandbau.

Ökoprodukte sollen keine Premium-Waren sein

Auch Martin Häusling, Agrarpolitiker der Grünen-Fraktion im EU-Parlament und federführend bei der bis März angesetzten Überarbeitung der Öko-Novelle durch das Parlament, warnt: "Der Vorschlag der Kommission würde den Ökolandbau zu einem Edelprojekt machen. Dabei ist die entscheidende Frage, wie die Bio-Branche raus aus der Nische kommt." Stattdessen, so Häusling, würden Bio-Produkte von weither eingeführt, deren Biogüte nur schwer überprüfbar sei.

Dennoch sollte eine genaue Kontrolle sowohl deutscher Betriebe als auch importierter Produkte aufrecht erhalten bleiben, rät Häusling. Die immer wieder geäußerten Forderungen nach einer Brüsseler Agentur zur Untersuchung von Betrugsfällen betrachtet er trotzdem vorsichtig. "Dafür müsste Brüssel ein eigenes Ökokontroll-Kompetenzteam haben. Ohne echte Experten könnten es sonst nur zur Kontrolle der Kontrolle kommen."

FAZ - BIOBAUERN FÜRCHTEN AUFLAGEN „JEDER ZWEITE BERGBAUER MÜSSTE SCHLIESSEN“

03.02.2014
Pressespiegel,

FAZ - Die Europäische Kommission will sicherstellen, dass auch „Bio“ drin ist, wo „Bio“ drauf steht. Deswegen sollen die Auflagen schärfer werden. Die Biolandwirte protestieren.
Von HendrickKafsack, Jan Grossarth, Henrike Roßbach

Kaum ein Wirtschaftssektor hat sich in den vergangenen zehn Jahren derart dynamisch entwickelt wie die Bio-Lebensmittelbranche. Seit 1999 hat sich der Weltmarkt für Biogemüse, -obst und -fleisch vervierfacht. Die von Biolandwirten in der EU bewirtschaftete Fläche hat sich verdoppelt. Der Umsatz ist allein in Deutschland von 2 Milliarden Euro auf zuletzt 7 Milliarden

Euro gestiegen. Hand in Hand mit dem Bioboom geht eine zunehmende Zahl von Betrugsfällen und andere Fehlentwicklungen. Die aus der Gründerzeit der Biobewegung stammenden EU-Regeln passen schlicht nicht mehr zum heutigen Geschäft. Die Europäische Kommission fordert deshalb eine Neuausrichtung und stößt damit ausgerechnet unter den Biolandwirten auf heftigen Widerstand.

Zwei Dinge will die Kommission mit ihren noch internen Vorschlägen, die EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș wohl im März vorlegen wird, erreichen: Sie will Bioprodukte besser kontrollieren, nicht zuletzt Importe, und sicherstellen, dass Bioprodukte auch tatsächlich „Bio“ sind.

Gegen bessere Kontrollen hat zumindest in Deutschland auch niemand etwas einzuwenden. Heute gibt es hier 63 verschiedene „Importstandards“. Die zu vereinheitlichen, lehnt öffentlich niemand ab. Das gilt auch für die Kontrollen in der EU, die die Staaten innerhalb bisher sehr unterschiedlich handhaben, wie das deutsche Thünen-Institut in einer vor wenigen Tagen für die EU-Kommission fertiggestellten Studie festgestellt hat.

„Weniger Auswahl, weniger Ökoprodukte für die Verbraucher.“

Für Aufregung in der Ökobranche sorgen hingegen die Überlegungen, die Vorgaben für Bioprodukte zu verschärfen. Die Europäische Kommission will die Zahl der Ausnahmen – etwa für den Einsatz von konventionellem Futter, Saatgut, Jungtieren – stark reduzieren. Die Rahmenbedingungen für Biobauern hätten sich inzwischen derart verbessert, dass die EU von ihnen auch mehr verlangen dürfe, heißt es in der Kommission. Das stoße natürlich insbesondere bei den Geschäftsleuten unter den Biolandwirten auf Widerstand. „Echte“ Biobauern hätten damit aber keine Schwierigkeiten.

Wenn all das Realität würde, hätte der Verbraucher „weniger Auswahl, weniger Ökoprodukte, weniger Bioläden und die Sachen wären teurer“, sagt hingegen Jan Plagge, Präsident des Anbauverbands Bioland und Vorstand im Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). **Vor allem kleine Biobauern würden getroffen, kritisiert der Europaabgeordnete Martin Häusling (Grüne). Das Europaparlament, das den Plänen ebenso wie der EU-Ministerrat zustimmen muss, werde die Vorschläge so nicht passieren lassen.**

Die Liste der Kritikpunkte ist lang. So bemängeln Verbände und Grüne, dass die Kommission die Anbindehaltung von Rindern verbieten will. In Bergregionen gebe es in den Dörfern aber oft nicht genug Platz für moderne Laufställe, in denen Kühe und Rinder sich frei bewegen können, sagt Plagge. Andererseits seien diese Tiere im Sommer ohnehin auf der Alm, und viele kleine Ökobauern hätten für den Rest des Jahres zumindest in einen Laufhof investiert, auf dem die Tiere tagsüber herumlaufen können. Nur nachts würden sie teilweise angebunden. Obwohl ein Nein zur Anbindehaltung dem Tierwohl dient – dem sich die Ökoverbände verschrieben haben – ist der Verband gegen eine Verschärfung der Spielregeln. Kleinen Betrieben würde der Zugang zum Ökolandbau versperrt, sagt Alexander Beck vom BÖLW. 50 Prozent der Biobetriebe im Alpenraum müssten schließen, schätzt Häusling.

Mit diesem Argument werben die Kommissionskritiker auch für andere Ausnahmen. Momentan dürfen beispielsweise ökologische Betriebe konventionelles Saatgut oder Jungtiere verwenden, so es kein entsprechendes Bioangebot gibt. „Bei Gemüse und Obst gibt es teilweise einfach keine ökologischen Saatgutvermehrter“, sagt Plagge. Häusling bemängelt, dass der Futteranteil vom eigenen Hof oder aus der Region steigen soll, auf mindestens 60 Prozent für Schweine und Geflügel. Das sei kaum einzuhalten. Tatsächlich würde es auf Inseln wie Zypern wahrscheinlich keine Bio-Tierhaltung mehr geben, würde das umgesetzt.

Biobauern fürchten Zunahme der Bürokratie

Auch strengere Grenzwerte für den Anteil gentechnisch veränderter Produkte oder von Pestiziden lehnt Häusling ab, weil es nicht sein könne, dass der Ökolandbau für Verunreinigungen durch nicht nachhaltig bewirtschaftete Nachbargelder büßen müsse. Mehr Bürokratie fürchtet der BÖLW bei der Vergabe der offiziellen EU-Bio-Siegel, weil diese künftig für jedes Produkt einzeln beantragt werden müssen; bislang können einmal zertifizierte Biobetriebe sie selbständig verwenden. Positiv sieht die Ökobranche allenfalls, dass Bauern in einem Betrieb künftig nicht mehr parallel konventionell und ökologisch wirtschaften dürfen und kleine Landwirte nicht mehr so intensiv kontrolliert werden sollen.

Kritisch sei der Vorstoß der Kommission nicht zuletzt deshalb, da in Deutschland die Nachfrage nach Bioprodukten die heimische Produktion stark übersteige, argumentiert die Ökobranchie. Der Rest muss importiert werden. „Das ist das größte Problem der Branche“, sagt BÖLW-Vorstand Beck. „Denn wenn es Ärger wegen der Authentizität von Bioprodukten gibt, dann fast immer bei Importen“, fügt er mit Blick auf die jüngsten Skandale von falsch deklarierten Bio-Lebensmitteln hinzu. Besonders fehleranfällig seien Importe aus Nicht-EU-Staaten. „Wenn nun Bauern aus der Bioproduktion herausgedrängt werden, müssen wir noch mehr importieren“, warnt Beck.

Tatsächlich haben die deutschen Bio-Lebensmittel in einer vom Thünen-Institut in ihrer Studie zitierten Stichprobe auf verbotene Pestizide gut abgeschnitten. Nur 2 Prozent fielen negativ auf. Allerdings lag auch bei Bio-Lebensmitteln aus Israel der Anteil nur bei 2,3 Prozent. Die meisten Unregelmäßigkeiten gab es bei Produkten aus Italien (9,6 Prozent der untersuchten Lebensmittel), Ägypten (9,1 Prozent) und Griechenland (8,9 Prozent). Die südlichen EU-Staaten schneiden auch nach Einschätzung der Kommission nicht besser ab als Nicht-EU-Staaten. Dort ist offenbar bis zu jedes zehnte als „Bio“ deklarierte Lebensmittel in Wahrheit kein solches.

Offene Fragen:

Bauer Jens Meyercord: Offener Brief an Minister Meyer vom 09.05.17:

Landwirtschaft, die Leiden schafft

Sehr geehrter Herr Minister Meyer,
die Landwirtschaft ist in der Krise. Die finanziell angespannte Lage auf unseren Höfen und die zunehmenden Anfeindungen der konventionellen Bauern durch die Gesellschaft begründet sich zu einem Großteil in der Falschinformation der Verbraucher und der verfehlten Agrarpolitik der Grünen Partei. Der Verbraucher, der sich bewußt für ökologisch produzierte Lebensmittel entscheidet, ist nicht darüber aufgeklärt, dass für Biobetriebe Richtlinien und Kriterien gelten, die Folgendes beinhalten:

So dürfen Bioland-Betriebe laut Bioland-Richtlinien

- Gärsubstrat aus konventionellen Biogasanlagen,
- Kompost (Biotonne) mit einem Glas- und Plastikmüllanteil von 10% (<https://www.youtube.com/watch?v=bSpuiz3QBms>),
- Hühnerkot aus konventioneller Massentierhaltung (auch aus Holland)

auf ihren Feldern entsorgen,

- Grünlandumbruch ist nur für Biobauern ohne Probleme oder Ausgleich erlaubt (Quelle: Landwirtschaftskammer),
- Festmist und Stroh aus konventionellen Betrieben darf verwendet werden.

Ein Bioland-Experte bestätigte ausserdem, dass fast alle Bio-Bauern Probleme mit dem mineralischen Gleichgewicht auf ihren Feldern haben (vor allem mit einem zu niedrigen Phosphorgehalt). Dies begründet sich darin, dass Biohöfe mittlerweile eine Größe erreicht haben, in der eine natürliche Kreislaufwirtschaft mit Viehhaltung nicht mehr möglich ist. Es ist teuer, aber durchaus möglich mit Biozugelassenen

Düngemitteln das mineralische Gleichgewicht wieder herzustellen. (Vortrag zum Thema Mineralisches Gleichgewicht: <https://www.youtube.com/watch?v=hxrv0lpSSgk>) Bei der Auszahlung der höheren Subventionszahlung für Biolandwirtschaft werden weder die Bodenqualität noch das Vorhandensein von Mineralien in den Produkten berücksichtigt.

Höfesterben und Strukturwandel werden dadurch begünstigt, dass Bioland-Landwirte auf Dünger aus konventioneller industrieller Landwirtschaft (Massentierhaltung) zurückgreifen und somit die Biobauern der ersten Stunde vom Markt verdrängen. Und die Verbraucher werden systematisch getäuscht.

Wir fordern Sie als zuständigen Landwirtschaftsminister auf, diese vorgenannten Punkte kritisch zu prüfen und hierzu Stellung zu beziehen!

Mit freundlichen Grüßen
Jens Meierkord

Links hierzu:

http://www.lacon-institut.com/Media/490856a6-ee37-422f-bff2-0e5e02dd34f0/Downloads-Deutschland/Bio/LW-Formulare/formblatt_lfl-by_gaerrestabnahme_biogasanlagen.pdf

[PDF] Bioland Kompost Kriterien 27-06-2016_ENTW-2

www.bioland.de/fileadmin/dateien/HP.../Bioland_Kompost_Kriterien_27-06-2016.pdf

27.06.2016 - Kriterien für die Verwendung von Kompost aus Bioabfällen aus der getrennten Sammlung aus Haushaltungen.

(Biotonne) sowie für Grüngutkomposte. Kriterien-Stand: 27.06.2016.

Geltungsbereich und Definitionen:.

Pressemitteilung

AbL fordert Bauernhof-Bio statt Agrarindustrie-Pseudo-Bio

Vor dem Hintergrund eines SPIEGEL-Artikels zu einem erneuten agrarindustriellen Schwindel mit „Bio“-Eiern warnt der Landesverband Niedersachsen/Bremen der **Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) vor einem weiteren Vordringen von „Agrarindustrie-Pseudo-Bio“-Konzernen**. Der Großteil der „Bio-Eier“ in den Supermärkten stamme längst von Großunternehmen wie Tiemann-„Wiesengold“-Deutsche Frühstücksei, „Fürstenhof“-Behrens, Hennenberg, Hofreiter oder Eskildsen, die bäuerliche Anbieter verdrängten und **bald prägend für die Bio-Richtlinien werden könnten**.

Die AbL forderte Bio-Verbände wie Bioland oder Demeter auf, sich endlich klar mit einem echtem „Bauernhof-Bio“ bei den Verbrauchern zu profilieren und tiergerechte Obergrenzen für Tierbestände und Herden zu

beschließen. Verbände wie Naturland oder Biopark seien aufgerufen, sich rasch von agrarindustriellen Investoren in ihren Reihen zu trennen. Ökologischer Landbau und eine artgerechte Tierhaltung seien nur in flächengebunden, mittelständisch-bäuerlichen Strukturen mit überzeugten Bio-Bauern möglich.

Dem widersprächen diametral die Öffnungsklauseln in der EU-Öko-Verordnung, die Betriebsteilungen zwischen konventionell und bio sowie einen relativ hohen Anteil von zugekauften Dünge- und Futtermitteln zuließen und zudem hinsichtlich der Tierhaltungsregeln weit hinter den Bioverbänden zurückblieben. Es sei höchste Zeit, so AbL-Agrarindustrie-Experte Eckehard Niemann, für eine europaweite Kampagne zur Angleichung der zu laschen EU-Öko-Verordnung an die Standards bäuerlicher Bioverbände mit Kreislaufwirtschaft und wirklich artgerechter Tierhaltung. Auch die Biobauern seien aufgerufen, sich verstärkt an der gesellschaftlichen Bewegung des Bürgerinitiativen- und Verbände-Netzwerks „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ zu beteiligen.
1.954 Zeichen - 23.03.2014

NOZ - 28.06.2017 – Dirk Fisser

IM INTERVIEW: CARL-ALBRECHT BARTMER

Osnabrück. Carl-Albrecht Bartmer, Präsident der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), hat die Branche zu mehr Offenheit bei gesellschaftlich umstrittenen Agrarthemen aufgerufen. Im Interview äußert er sich zu Fehlentwicklungen in der Agrarbranche und wie sich Gegensteuern lässt.

Bartmer sagte: „Von uns werden Lösungen erwartet, mit denen wir das System korrigieren können.“ Er verwies beispielsweise auf die Debatte um Nitrat im Grundwasser. In einigen Regionen hätten die Nährstoffüberschüsse auch in Form von Gülle „nicht akzeptable Konsequenzen“ für Gewässer, so der DLG-Präsident. „So etwas hätten wir schon viel länger selbst lösen können.“ Die Landwirtschaft besäße das dafür notwendige Wissen. „Wenn die Gesellschaft erkennt, dass wir uns mit solchen Problemen rechtzeitig auseinandersetzen, gewinnen wir Vertrauen und damit Gestaltungsfreiheit zurück“, sagte Bartmer.

Lesen Sie hier das Interview im Wortlaut:

Herr Bartmer, die DLG hat sich mit der Zukunft der Landwirtschaft befasst und Thesen aufgestellt, wie es anders laufen soll. Was läuft denn falsch in der Landwirtschaft?

Wir beschreiten in den letzten Jahren einen Modernisierungspfad, der Landwirtschaft nachhaltiger gemacht hat. Wir beobachten allerdings Produktionssysteme, deren Stabilität in der Zukunft nicht gesichert erscheint. Gerade Letzteres haben wir sehr sorgfältig und rückhaltlos analysiert. Beispiel Ackerbau: Wir bauen nur noch wenige

Arten an, weil sie nachgefragt und so besonders wirtschaftlich sind. Die Natur in ihrem Evolutionsprozess wehrt sich gegen Eintönigkeit mit Krankheiten, Schädlingen und Unkräutern. Pflanzenschutzmaßnahmen, insbesondere chemische, verlieren durch zunehmende Resistenzen an Wirksamkeit. Eines der Unkräuter, das Ungras „Acker-Fuchsschwanz“, hat vor allem in England, aber auch in Norddeutschland Resistenzen gegen gängige chemische Wirkstoffe aufgebaut, die den weiteren Weizenanbau in diesen Regionen gefährden. Wir sind mit Reaktionen der Natur konfrontiert, die das Anbausystem destabilisieren.

Gilt das auch für die Tierhaltung?

Ja. Auch hier haben wir uns weiterentwickelt, neue Ställe, besser belüftet, maßgeschneiderte Fütterung, am Tierwohl orientiert. Aber wir haben auch z.B. durch züchterische Maßnahmen den Tieren Leistungen abverlangt, die an deren natürliche Leistungsgrenzen heranreichen. Da sind wir in einigen Bereichen an einen Punkt angekommen, wo die Belastung von Tieren zu weit geht.

Ist eine Wende denn überhaupt möglich?

Eine Wende, besser eine Korrektur, ist immer möglich. Dafür sollte sich die Branche zunächst Klarheit über die Probleme verschaffen. Und je früher das geschieht, desto mehr Reaktionsmöglichkeiten haben wir. Deswegen haben wir, die DLG, die Diskussion mit unserem Zukunftskonzept ja auch angestoßen. Diese Themen jetzt zu benennen, ermöglicht uns, zurück in den Gestaltungsraum zu kommen, als Landwirte, als Experten, die sich von morgens bis abends mit Feld und Tier beschäftigen. Das fehlt Dritten, die möglicherweise guten Willens, aber nicht besonders fachkundig, uns dennoch zu erklären suchen, was wir zu machen haben.

Sie meinen Politik oder Handel, die Landwirten Produktionsvorgaben machen?

Zum Beispiel. Aber sie stehen eigentlich nur stellvertretend für die Gesellschaft. Wir erleben, dass Landwirtschaft ein hoch emotionalisierbares Thema sein kann, getragen von Idealen, die recht unvermittelt auf eine Wirklichkeit treffen, in der Landwirte sich zwischen natürlichen und marktgegebenen Restriktionen behaupten müssen. Deshalb sollten wir Landwirte uns in diese Debatte einbringen, proaktiv, mit unserem Expertenwissen. Von uns werden Lösungen erwartet, mit denen wir das System korrigieren können. Dafür muss man die Branche aber sensibilisieren. Im Kontext gesellschaftlicher Erwartungen können wir mit unserem Wissen, mit unserer Innovationskraft Spannungsfelder zwischen mehr Nachhaltigkeit bei gleichzeitigem Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit auflösen. In dieses Verständnis von Moderne, von mehr Nachhaltigkeit, müssen wir die Gesellschaft mitnehmen. So gewinnen wir deren Vertrauen und somit Akzeptanz für moderne Landwirtschaft.

Bauernpräsident Rukwied widerspricht Ihnen in diesem Punkt und sagt, Landwirte hätten kein Vertrauen verloren.

Das Vertrauen in die Person des Landwirtes ist hoch. Aber das System als solches wird kritisch von der Gesellschaft hinterfragt. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Nährstoffüberschüsse zum Beispiel, auch durch Gülle, in einigen Regionen haben nicht akzeptable Konsequenzen für Grundwasser, Flüsse und letztlich Nord- und Ostsee. So etwas hätten wir schon viel länger selbst lösen

können. Jetzt zwingt uns die Düngeverordnung dazu, und das einheitlich für Deutschland, trotz der so unterschiedlichen Problemlagen. Das offenbart die Schwierigkeit staatlicher Regulierung, die, noch so gut gemeint, für Kosten und mehr Bürokratie sorgt, auch dort, wo kein Defizit bestanden hat. Wenn die Gesellschaft erkennt, dass wir uns mit solchen Problemen rechtzeitig auseinandersetzen, gewinnen wir Vertrauen und damit Gestaltungsfreiheit zurück. Zweitens müssen wir uns klar machen, dass kaum noch jemand einen Landwirt persönlich kennt. Die Menschen haben eine massive Distanz zu den Agrarprozessen und verstehen nicht mehr, was da passiert. Wir haben zu lange geglaubt, das sei Problem des Verbrauchers und der müsse sich von sich aus für unsere Arbeit interessieren. Das war naiv. Wir haben einen aktiven Kommunikationsauftrag und müssen erklären, was wir machen.

Der Bauernverband war dem Vernehmen nach nicht so begeistert über ihre Offensive!

Die Reaktionen waren zumindest nicht einhellig positiv. Allerdings hat eine öffentlich geführte, auch selbstkritische Debatte den Effekt, dass sich das gesellschaftliche Gegenüber der Landwirtschaft für das Thema öffnet, sich für Lösungen interessiert, auch für züchterische und technische Innovationen, die er möglicherweise vorher abgelehnt hat. ([Weiterlesen: Bauernpräsident: Stalleinbrüche zur Anklage bringen](#))

Das klingt nach einem Arbeitsauftrag für den Bauerntag ...

Selbstkritik und Selbstkorrektur sind ein Ausdruck von Stärke der Branche, insbesondere wenn sie aus dem Selbstbewusstsein der hohen Leistungen der Landwirtschaft für die Gesellschaft formuliert werden. Es ist immer mehr zu beobachten, dass wir als Branche die Wagenburg verlassen und so in der Lage sind, die Diskussion aktiv zu gestalten! Es braucht diese Offenheit bei kritischen Themen, die mit der Gesellschaft im Dialog gelöst werden müssen.

Ist es dafür bei manchen Themen wie etwa Glyphosat schon zu spät? Können Sie da die Deutungshoheit noch zurückgewinnen?

Deutungshoheit ist gar nicht mein Ziel. Mein Wunsch wäre vielmehr, dass sich die Gesellschaft auch beim Thema Pflanzenschutz auf eine faktenbasierte Güterabwägung besinnt. Ist es nicht Erfahrung aufgeklärter Gesellschaften, sich dafür auf wissenschaftlich nachprüfbarer Expertise zu verlassen? Machen wir das nicht in anderen Fragen auch so? Es hält ja auch niemand vor einer Brücke an und rechnet erst einmal selbst nach, ob alles stabil ist, weil er dem Statiker misstraut. Wenn nun europäische Institutionen wie EFSA und ECHA auf Basis wissenschaftlicher Methodik feststellen, dass Glyphosat nicht krebserregend sei, dann sollte man mit der gegenteiligen Behauptung nicht die Zulassung verhindern. Sonst würden wir in der Konsequenz auch vor jeder Brücke oder jedem zugelassenen Medikament zurückschrecken.

Ihre Argumente pro Glyphosat sind alle hinlänglich bekannt, finden aber kein Gehör. Warum nicht?

Reizthemen werden als Aufreger angeheizt, um Menschen für die eigenen Zwecke zu gewinnen. Das gilt natürlich besonders vor Wahlen. Da sagen Parteien halt Dinge

in dem Wissen, dass sie einen Teil der Wahrheit ignorieren. Auf Dauer können wir so faktenbefreit nicht diskutieren. Mein Eindruck ist: Die Gesellschaft hat an vielen Stellen verstanden, dass die Auseinandersetzung mit komplexen Fragen nicht am Küchentisch passieren kann. Experten prüfen auf wissenschaftlicher Basis und nicht aufgrund von Stimmungen. Seit Donald Trump und dem Brexit sind sich viele klar darüber geworden, dass es gute Gründe gibt für die Verfassung einer repräsentativen Demokratie mit möglichst wissenschaftlicher politischer Entscheidungsfindung.

Weser-Ems zählt zu den viehhaltungsintensivsten Regionen Europas. Ist das auch eine Fehlentwicklung?

Es gibt Regionen, die erzeugen zu viel Gülle. Und oben drauf kommen dann noch die Gärreste aus Biogasanlagen. Andererseits gibt es Ecken in Deutschland, da fehlt es an gutem Dünger. Man muss sich fragen: Warum war es in der Vergangenheit einfacher, in der Region Weser-Ems trotz der hohen Viehdichte einen neuen Stall zu bauen als in Sachsen-Anhalt, wo die Ackerbauern Gülle für ihre Felder gut gebrauchen könnten?

Also ein Rückbau von Viehhaltung in der Region Weser-Ems?

Ich denke, diese Frage regelt der Markt. Die Düngeverordnung bringt neue Kosten mit sich und damit Druck auf die Wettbewerbsfähigkeit. Das spricht für strukturelle Veränderungen. Zugleich muss man wissen, dass viehhaltungsintensive Regionen in gewisser Weise auch nachhaltig sind und viel Wissen bündeln: Die Wege zu Schlachthöfen sind kurz, die fachkundigen Tierärzte sitzen hier, die Futterhersteller und auch die Experten in Sachen Stallbau und nicht zuletzt große Expertise bei der Ausbildung von Landwirten. Solche Konglomerate haben eben auch Vorteile. In der Mischung wird die Lösung liegen. Aber eine weitere Verdichtung erwarte ich in Weser-Ems nicht. Es gibt auch andere sinnvolle Standorte für Tierhaltung.

Bauern verweisen häufig auf das schizophrene Verbraucherverhalten: viel fordern, wenig zahlen.

Ich halte alle Diskussionen über gerechte Preise für verschenkte Zeit. Der Verbraucher trifft eine souveräne Entscheidung. Das haben wir zu akzeptieren. Und wir können ihm nicht ständig erklären, was er da eigentlich aus moralischer Sicht falsch macht. Es ist nicht unsere Aufgabe, dem Verbraucher ständig ein schlechtes Gewissen zu machen. ([Weiterlesen: Agrarminister Schmidt: Peta ist keine Ersatzstaatsanwaltschaft](#))

ZUR SACHE

Der DLG gehören nach eigenen Angaben mehr als 27.000 Mitglieder aus den Bereichen Agrar- und Lebensmittelwirtschaft an. Die gemeinnützige Organisation versteht sich selbst als Netzwerk zum Wissenstransfer und als Stimme der Branche.

FAZ - 26.06.2017, von **JAN GROSSARTH:**

Kommentar - Ferkel-Fabriken

Der Schwund ist atemberaubend: Die Zahl der Ferkelhöfe in NRW sank etwa seit 1996 um rund 90 Prozent. Es ist das Verdienst der Grünen, auf diese Tragödie hinzuweisen.

Der Bauernhof wird zum mittelständischen Industriebetrieb. Das Versprechen der Grünen, industrielle Massentierhaltung abzuschaffen, offenbart eher lyrische Qualitäten als Realitätstauglichkeit. Milchbauern leben in sehr hohem Maß vom Export, andere in zwar geringerem, stehen jedoch gleichwohl in einem harten internationalen Konkurrenzkampf.

Christian Meyer von den Grünen, Minister in Niedersachsen, hatte vier Jahre Gelegenheit zur „Abschaffung“ – und bewirkte zwar eine „Ringelschwanzprämie“, Auflagen, Verbote und Fördergeldumschichtungen, bremste jedoch damit nicht die industrielle Tiermast in Niedersachsen. Sie boomt wie eh und je.

Mehr zum Thema

- *So wollen die Grünen die Landwirtschaft revolutionieren*

Die Politik ist ziemlich machtlos, die arbeitsteilige Mastindustrie wächst nach der Kunst der Technik und den Regeln des anonymen Markts. Auch Auflagen befördern den Strukturwandel zugunsten des kapitalintensiven Großbetriebs.

Doch auch *laissez faire* führt zum fortschreitenden Verlust von Betrieben, der letztlich ein Beziehungsverlust ist von Land, Tier und Mensch. Die Betriebe hängen am Tropf der Banken und müssen aufgeben, wenn die nächste Preiskrise anrollt. Der Schwund ist atemberaubend: Die Zahl der Ferkelhöfe in NRW sank etwa seit 1996 um rund 90 Prozent. Es ist das Verdienst der Grünen, immer wieder auf diese Tragödie hinzuweisen. Eine Bremse gibt es nicht.

Unsere Meinung dazu: Man kann sehr wohl was ändern!

Pressemitteilung der AbL zum Bauernverbands-„Bauerntag“: Bäuerinnen und Bauern stehen ohne Interessenvertretung da

Bauernverbandsspitze bedient vor allem Raiffeisen, Ernährungsindustrie und Exportwirtschaft

Überproduktions-Stopp und bäuerliche Preispolitik sind aber im gesellschaftlichen Bündnis möglich

Anlässlich des Bauernverbands-„Bauerntags“ appelliert der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) an alle Bäuerinnen und Bauern, sich von der Bauernverbandsspitze nicht weiter bei der Durchsetzung ihrer bäuerlichen Interessen hemmen und blockieren zu lassen. Angesichts jahrelanger ruinöser Erzeugerpreise komme es jetzt darauf an, sich nicht weiter für die Belange von Raiffeisen, Großmolkereien und Schlachtkonzernen einspannen zu lassen, die mit Hilfe von Bauernverbandsfunktionären ihr Interesse an niedrigen Rohstoffkosten, großbetrieblichen Anlieferern und perspektivlosen Drittland-Exporten durchsetzen.

Angesagt sei stattdessen eine Strategie, bei der Bauern ihre einkommens- und preispolitischen Ziele mit den Interessen der Gesellschaft an Umwelt- und Tierschutz und „Klasse statt Masse“ erfolgreich verbinden könnten: Weil die Umsetzung von Tierwohl und Nachhaltigkeit automatisch mit einem Abbau der erzeugerpreisdrückenden Überschussproduktion verbunden sei, könnten Bauern so endlich faire Preise durchsetzen und zugleich ihre gesellschaftliche Akzeptanz erhalten und stärken. Sie könnten sich dabei auch auf EU-Vorgaben stützen und eine wettbewerbsneutrale, EU-weite Umsetzung durchsetzen.

Die Bauernverbands-Strukturen für diese bäuerlichen Interessen zu nutzen, so die AbL, sei allen Erfahrungen nach wenig aussichtsreich. Allerdings könne man gemeinsam mit der Gesellschaft durchsetzen, dass die Bauernverbandsspitze nicht weiter blockieren könne, wenn es um Preis- und Mengenregulierung bei Milch und Fleisch gehe oder um die Ausrichtung der EU-Agrarpolitik auf bäuerliche Strukturen statt auf agrarindustrielle Großbetriebe.

AbL-Vertreter Eckehard Niemann verwies darauf, dass Milchbauern erfolgreich auch gegen den Bauernverband die Prämien zur Mengenreduzierung und damit zumindest einen Preisanstieg von 20 auf über 30 Cent durchgesetzt hätten. Gegen Molkereigenossenschafts- und Bauernverbands-Interessen könne und müsse man auf diesem Wege nun dringend gewinnbringende Milchpreise durchzusetzen.

In der Geflügel- und Schweinehaltung hätten unter anderem Bürgerinitiativen gegen Mega-Anlagen, Filtererlasse für Großställe und Baurechtsänderungen dafür gesorgt, dass der Bau von Agrarfabriken und damit eine weitere Steigerung der Überproduktion und Verdrängung von Bauernhöfen gehemmt worden seien. Im Schweinebereich gebe es – wie bei der Milch - auch bauernverbands-unabhängige Interessenvertretungen und Erzeuger-Zusammenschlüsse. In der Geflügelbranche seien die Erzeugergemeinschaften leider noch engstens mit den jeweiligen Geflügelkonzernen liiert.

Im Ackerbau könnten europaweite Vorgaben bei den EU-Zahlungen zu vielfältigeren Fruchtfolgen, einer heimischen Eiweißfutter-Versorgung und einem Ersatz etlicher Pestizid-Anwendungen durch andere ackerbauliche Maßnahmen führen. Auch hier sei dies automatisch verbunden mit einem Abbau preisdrückender Überschüsse, wenn der Außenschutz gegenüber Drittlands-Importen aufrechterhalten werde. Bei der Zuckerrübe gebe es noch weitgehend bauernverbands-unabhängige Anbauverbände, die aufgerufen seien, der deutlich absehbaren und von den Zucker- und Export-Konzernen angeheizten Überproduktion deutlich Einhalt zu gebieten.

Die AbL rief die zum Bauerntag eingeladenen Vertreter der Parteien auf, diese Zusammenhänge deutlich zu benennen. Gleichdünne man auch unsachlicher Kritik und überspitzter Polemik gegen Bauern und Landwirtschaft keinen Raum geben, weil dies viele Bauern weiter in die Arme der Bauernverbandsführung treibe.

3.838 Zeichen – 27.6.2017

[Link Kritischer Agrarbericht 2017 – Artikel zum letzten Bauerntag:](#)

http://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2017/KAB_2017_33_36_Niemann.pdf

Artikel aus dem Buch „Die stille Macht“, Hrsg. Thomas Leif und Rudolf Speth, 2003: Das Interessengeflecht der Agrobusiness

<http://www.abl-niedersachsen.de/fileadmin/Dokumente/AbL-Niedersachsen/Themen/Interessengeflecht.pdf>

TAZ – Jost Maurin – 27.6.2017:

Kommentar - Grüne und Tierwohl **Richtiges Thema, richtige Lösung**

Die Grünen wollen den Ausstieg aus der sogenannten Massentierhaltung durchsetzen. Der ist längst überfällig – auch im Sinne der Verbraucher.

Die Grünen machen sich mal wieder übers Essen her. Am Montag haben sie einen Plan für den **Ausstieg aus der sogenannten Massentierhaltung verkündet**. Manche werden sich jetzt fragen: Hat die Partei angesichts von Trump, EU-Krise und Terrorismus nichts Wichtigeres zu tun?

Es gibt Wichtigeres, und um diese Großlagen kümmern sich die Grünen ja auch. Aber die Debatte über die Viehhaltung ist ebenfalls relevant. Denn sie berührt lebenswichtige Fragen unserer Zeit.

Zu viel Fleisch führt zum Beispiel zu Krebs, Diabetes und Herz-Kreislauf-Krankheiten. Dennoch verzehren Männer in Deutschland im Schnitt fast doppelt so viel wie die von Ernährungswissenschaftlern empfohlenen maximal 600 Gramm pro Woche. Die Folge ist nicht nur menschliches Leid, sondern auch eine hohe Belastung für das Gesundheitssystem.

Dazu verursacht Tierhaltung die meisten Treibhausgase der Landwirtschaft, die für 11 Prozent der deutschen Emissionen verantwortlich ist. Für die Fleisch- und Milchproduktion muss auch Futter etwa aus Südamerika importiert werden. Um beispielsweise Soja anzubauen, wird dort oft Regenwald gerodet, was die Klimabilanz verschlechtert und die Artenvielfalt schmälert.

Milch und Fleisch nach Haltung kennzeichnen

Auch in Deutschland sterben Tier- und Pflanzenarten aus, weil für den Futteranbau Pestizide eingesetzt werden. Exkremete aus den Ställen verschmutzen unser Grundwasser, aus dem Trinkwasser gewonnen wird.

Gleichzeitig haben immer mehr Menschen ein ethisches Problem damit, dass Millionen Tiere nie an die frische Luft kommen, auf engstem Raum gehalten und ihnen Körperteile amputiert werden.

Es geht um unsere Gesundheit, unser Wasser, das Klima und die Artenvielfalt

Deshalb ist es angemessen, dass die Grünen so prominent wie keine andere Partei eine Agrarwende fordern. Sie schlagen zum Beispiel vor, Milch und Fleisch nach der Haltung der Tiere zu kennzeichnen. Verbraucher könnten dann, wie bei Hühnereiern, leicht erkennen, ob ein Tier auf die Weide gekommen ist oder eben nicht.

So eine Kennzeichnung könnte Bewusstsein für Tierleid wecken und den Absatz tierfreundlicherer Produkte erhöhen. Für diese müssten Bauern mehr Geld verlangen, sodass Fleisch teurer und der Konsum abnehmen würde. Am Ende hätten alle gewonnen: Bürger, Bauern und die Umwelt.

hib - heute im bundestag Nr. 409 – 28.6.2017:

Neues aus Ausschüssen und aktuelle parlamentarische Initiativen

02. Grüne fordern Umbau der Tierhaltung

Berlin: (hib/EIS) Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung dazu auf, ein detailliertes Förderkonzept für den Umbau der Nutztierhaltung zur Verbesserungen der Tierhaltung vorzulegen. Die Abgeordneten verlangen in einem Antrag ([18/12947](#)) die Umschichtung von 15 Prozent der Direktzahlungsgelder aus der ersten Säule der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik - rund 750 Millionen Euro - in die zweite Säule. Dadurch sollen Projekte für eine nachhaltige, ökologische und tiergerechte Landwirtschaft unterstützt werden. Weitere acht Prozent der GAP-Mittel - rund 400 Millionen Euro - sollen in tier- sowie umweltfreundliche Produktionsweisen wie Weidehaltung in Gebirgsregionen oder den Anbau von Leguminosen fließen. Des Weiteren sollen die Bundesmittel für Tierschutz um das Sechsfache erhöht werden. Das Geld soll unter anderem für ein nationales Kompetenzzentrum für Tierschutz und die Einsetzung eines Bundesbeauftragten für Tierschutz ausgegeben werden.

KREISZEITUNG/DPA - 27.06.17:

Präsident Werner Hilse im Interview

Landvolk: Wunden der Milchkrise noch nicht überwunden

Hannover - Niedersachsen ist Deutschlands Agrarland Nummer Eins - auf den in Berlin stattfindenden Bauerntag blicken damit auch die Landwirte in diesem Bundesland mit Spannung. Seit dem vergangenen Jahr habe sich die wirtschaftliche Situation für die Betriebe zwar verbessert, aber es seien noch nicht alle Verluste wieder wettgemacht, sagt der Präsident des Landvolks Niedersachsen, Werner Hilse.

Auf dem Bauerntag in Hannover sprach Hilse mit Elmar Stephan von der Deutschen Presse-Agentur dpa.

dpa: Vor einem Jahr war der Bauerntag in Hannover, geprägt von der Krise auf dem Milchmarkt. Wie ist die Situation heute?

Hilse: Im Milchbereich ist es zwar besser, aber die Wunden der vergangenen anderthalb Jahre sind noch nicht verheilt. Im Moment haben wir die Situation, dass man zwar fast wieder von den Milchpreisen leben kann, und vielleicht geht es auch noch ein bisschen nach oben. Es ist aber noch längst noch nicht alles wieder wettgemacht, was als Verluste in den letzten Jahren angefallen ist.

Wir haben ein Wahljahr, und auch die Landwirtschaft wird eine größere Rolle im Wahlkampf spielen - was erwarten Sie?

... Wenn man das analysiert, kommt man zu der Erkenntnis, dass vieles schon auf den Weg gebracht ist. Es liegt nicht alles im Argen. Vieles lässt sich auch nicht einfach durch ein Fingerschnippen umsetzen, so einfach läuft das nicht in der Landwirtschaft. Wir sind in der Natur und arbeiten mit der Natur, und sind damit in einem sehr umfassenden Sinn auch nachhaltig.

Was halten Sie von dem Vorschlag des niedersächsischen Landwirtschaftsministers Christian Meyer, die EU-Subventionen zugunsten von mehr Mitteln für Tierwohl-Maßnahmen umzuschichten?

Wir reden über eine EU-Agrarpolitik, und da wird die spannende Frage sein, wie sich die überhaupt weiter entwickeln wird. Bis zum Jahr 2020 wird sich nichts ändern, vielleicht sind Änderungen wegen des Brexits auch erst ab 2022 möglich. Umschichtung heißt immer, ich nehme den einen was weg, um es anderen zu geben. In der Landwirtschaft ist es nicht so, dass irgendjemand etwas zu viel bekommt. Es werden immer die Flächenprämien genannt, weil das so plakativ ist. Aber die Landwirte, die Acker- und Bodenbewirtschaftung betreiben, sind auf diese Prämien angewiesen. Fallen sie weg, haben sie auch kein Auskommen mehr, die EU-Zahlungen machen einen Großteil des Einkommens aus und sind dringend notwendig. Landwirtschaft ist kein Business, wo man schnell Millionär wird.

Wie reagieren Sie auf die Kampagnen radikaler Tierschützer in den vergangenen Wochen, die mit heimlich gedrehten Aufnahmen aus den Ställen arbeiten?

Das wird ja mit der Absicht gemacht, ein Problem aufzuzeigen. Und auf vielen Bildern, die gemacht worden sind, kann man sehen, dass manches auch nicht stimmt. Auf der anderen Seite werden diese Bilder in der Regel nachts gemacht, wie in einem Kriminalfilm - die Bilder sähen bei Tag anders aus. Und es werden fast nur Situationen mit kranken Tieren gezeigt. Kranke Tiere gibt es, es gibt verletzte Tiere - da gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder muss man die Tiere wieder gesund kriegen. Oder man muss die Tiere ntotöten. Das ist immer eine fließende Grenze. Dadurch gibt es immer wieder solche Bilder.

Und ganz oft gibt es eine falsche Vorstellung darüber, wie Landwirtschaft funktioniert. All diese Diskussionen bewirken letztlich genau das, was man nicht will: Die Landwirte fühlen sich nicht mehr mitgenommen, und sie sehen auch nicht die Chance, bei einer Änderung der Produktionsweise ihren Betrieb weiterzuführen.

Diskussionen über eine Veränderung der Landwirtschaft sollten gut organisiert sein, denn sonst wird der Strukturwandel verstärkt und es gibt immer weniger Betriebe. Das haben wir gerade bei der Sauenhaltung gesehen, wo neue Regelungen nicht dazu führen, dass alle Bauern weitermachen.

Zur Person: Werner Hilse, 65, ist seit 2003 Präsident des Landvolks Niedersachsen und seit 2006 Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes. Er führt einen Betrieb mit Ackerbau und Schweinemast im Landkreis Lüchow-Dannenberg.

MEG Milch Board stellt neue Studie vor

Nach der Krise: Weiterhin großer Handlungsbedarf am Milchmarkt

MEG Milch Board stellt den Milchmarkt Review 2017 vor

Die Exportanalyse deckt Fehlinterpretationen der Milchindustrie und Politik auf

Göttingen, 26. Juni 2017

Trotz steigender Milchpreise besteht nach wie vor Handlungsbedarf am Milchmarkt. Die von der MEG Milch Board w. V. in Auftrag gegebene und nunmehr vorliegende Studie zu den Ursachen der Milchkrise (Milchmarkt Review) belegt die Dringlichkeit, bestehende Marktstrukturen und die Fehlinterpretationen der Milchindustrie aufzudecken.

Peter Guhl, der Vorstandsvorsitzende der Milcherzeugergemeinschaft: „Wer ehrlich ist muss zugeben, dass wir in zwei Jahren Milchkrise auf der Ebene Erzeuger – Molkereien – Handel keine systematischen Veränderungen in der Vermarktung umsetzen konnten. Der Großteil der deutschen Milcherzeuger dient Milch nach wie vor an, ohne die Auswirkungen einer erkennbaren Produktionssteigerung nach Wegfall der Quote zu bedenken. Die Milchindustrie und die Politik haben dem Desaster tatenlos zugesehen und die Freiheit des Marktes, den es angesichts der genossenschaftlichen Regelungen gar nicht gibt, auch nach eingetretenem Preisverfall rigoros befürwortet.“

Den Grund dafür, dass Schmidt und sein Stab die Molkereiindustrie bisher nur mit Samthandschuhen anfassen, sieht Guhl in der vermeintlichen Exportstärke des Milchsektors begründet. „Trotz Krise stürmten wir in den letzten beiden Jahren von Exportrekord zu Exportrekord. Nur die extrem niedrigen Milchauszahlungspreise machten dies möglich.“ Beklemmend findet es der Vorsitzende der MEG Milch Board daher, dass diese Erfolgsstory auf dem Rücken der Milcherzeuger ausgetragen wurde. Er kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Molkereien und Politik niedrige Milchpreise bewusst in Kauf nehmen. Schmidt mache sich, um im Export die industriellen Zuwächse und Gewinne zu sichern, bewusst oder unbewusst zum Bundesmolkereiminister. Er lasse die Bedürfnisse der Milcherzeuger außer Acht.

Um die Ursachen und die Auswirkungen der Krise besser verstehen zu können hat die MEG Milch Board diese in enger Zusammenarbeit mit unabhängigen Wissenschaftlern analysiert. Die Ergebnisse sind erschütternd und werden noch vor der parlamentarischen Sommerpause vorgestellt werden. Guhl verrät nur so viel: „Die deutsche Milchwirtschaft war weder auf das Quotenende vorbereitet, noch hat sie die der Krise entgegenwirkenden Forderungen der RoadMap Milch & Markt beachtet.“

Pressekontakt:
Dr. Ute Zöllner
MEG Milch Board w. V.
Stresemannstr. 24, 37079 Göttingen
Tel.: (0551) 50 76 49 11 Fax: (0551) 50 76 49 10
E-Mail: u.zoellner@milch-board.de
www.milch-board.de

PROVIEH unterzeichnet die "Charta Weideland Norddeutschland"

Presseerklärung

Die Tierschutzorganisation PROVIEH ist am Dienstag, den 20. Juni 2017 mit der Zeichnung der „Charta Weideland Norddeutschland“ Unterstützer einer starken Gemeinschaft geworden, die sich für den Erhalt der Weidehaltung einsetzt. Die Chartagemeinschaft hat sich aus einem Projekt des Landes Niedersachsen entwickelt, mit dem Ziel, Grünland zu schützen und in Wert zu setzen.

Mit der Unterzeichnung der Charta, hat der Verein PROVIEH seine Unterstützung zur Aufrechterhaltung der Weidehaltung von Milchkühen versichert. Neben dem Verein PROVIEH haben bereits 27 weitere Organisation und Institutionen diese Zielsetzungen gezeichnet.

Die Zeichner sind Interessensvertreter aus der Milchwirtschaft, den vor- und nachgelagerten Bereichen sowie NGOs aus dem Natur-, Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz.

Das Grünlandzentrum Niedersachsen / Bremen e.V. hat das Projekt durchgeführt und moderiert.

Mit der Tierschutzorganisation PROVIEH ist ein weiterer wichtiger Unterstützer und Förderer für den Erhalt von Grünland identifiziert mit ins Boot geholt worden.

In der Charta sind sechs gemeinsame Zielsetzungen festgehalten und als gemeinsame Basis formuliert worden.

In Kurzform:

1. Die Produktionsverfahren der Milcherzeugung sollen weiterhin vielfältig bleiben.
2. Die positiven Eigenschaften von Beweidung auf die Umwelt, die Tiergesundheit und das Tierwohl sollen erhalten und gefördert werden.
3. Die Kommunikation zwischen den Produzenten und Konsumenten muss transparent und ehrlich sein.
4. Die Branche der Milchwirtschaft soll nicht gegeneinander ausgespielt werden.
5. Die Wirtschaftlichkeit der Weidehaltung muss gewährleistet bleiben.

6. Mit Weidehaltung die positive Wahrnehmung der Milchwirtschaft fördern und erhalten.

Weiter ist den sechs Zielsetzungen eine Branchenvereinbarung beigelegt. Die Unterzeichner erklären sich bereit, entsprechend Ihrer Rollen und Möglichkeiten in der Milchwirtschaft und Gesellschaft, die Weidehaltung zu befördern und zu unterstützen.

Die Unterschrift von PROVIEH signalisiert ein klares Bekenntnis zur Weidehaltung sowie der Erhaltung von Grünland und der Multifunktionalität seiner Standorte.

Pressemitteilung des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter e.V. (BDM). - 22.6.2017

Anhebung der Gebührensätze für Tierärzte: Landwirte müssen sie leisten können

(Freising) Die Bundesregierung hat vergangene Woche eine Anhebung der Gebührensätze der Tierärztegebührenordnung um 30% für die Beratung von Nutztierhaltern beschlossen und gesteht damit den Tierärzten zu, dass steigende Anforderungen im Tierwohlbereich auch höher bewertet und entlohnt werden müssen.

Nach Auffassung des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter BDM e.V. offenbart sich damit eine offensichtliche Diskrepanz zwischen den berechtigten Anliegen sowohl der Tierärzte als auch der Milchviehhalter.

Die Bundesregierung hat es versäumt, das völlig veraltete und unzureichende Sicherheitsnetz für den EU-Milchmarkt rechtzeitig zum Quotenausstieg zu reformieren und so effizient auszubauen, dass man die in der Milchkrise bei den Milchviehhaltern entstandenen Milliardenverluste hätte vermeiden bzw. verringern können. Mit geeigneten Marktrahmenbedingungen muss vielmehr dafür Sorge getragen werden, dass die Milchviehhalter tatsächlich in der Lage sind, derart steigende Kosten tragen zu können.

Für die Milchviehhalter ist die Tiergesundheit einer der wichtigsten Tierwohl-Aspekte, daher messen sie einer hochwertigen und zeitintensiven Arbeit der Tierärzte eine hohe Bedeutung bei. Dass die Tierärzte ihre Arbeit auch entsprechend bewertet sehen wollen, können die Milchviehhalter, die selbst für eine faire Entlohnung ihrer Arbeit kämpfen, durchaus nachvollziehen.

Problematisch ist in diesem Zusammenhang, dass die Bundesregierung ganz offenbar mit zweierlei Maß misst: Die Milchviehhalter werden weiter dazu angehalten, ihre Kosten immer weiter zu senken, um so vermeintlich zukunftsfähig zu sein.

Gleichzeitig erwartet man, dass die Milchviehhalter die erhöhten Forderungen ihrer Marktpartner bezahlen sollen. Gerade den krisengebeutelten Milchviehhaltern fällt dies aber zunehmend schwer.

„Die Forderung muss daher lauten, die Agrarpolitik neu auszurichten - weg vom „Immer billiger, immer mehr“. Die Risiken von Marktverwerfungen dürfen nicht einseitig auf die Milchviehhalter abgewälzt werden. Vielmehr müssen diese mit entsprechender politischer Rahmensetzung in die Lage versetzt werden, am Markt mindestens kostendeckende Preise zu erwirtschaften“, erklärt BDM-Vorsitzender Romuald Schaber.

„Man erklärt den Milchviehhaltern immer wieder, dass ihre Milch günstig sein müsse, damit auch Geringverdiener und Sozialhilfeempfänger sie sich leisten könnten bzw. damit die Milch weltweit wettbewerbsfähig und damit gut exportierbar ist. Das ist eine untragbare Argumentation! Man überfordert die ganze Berufsgruppe der Milchviehhalter massiv, wenn man erwartet, dass quasi auf deren Rücken sozialpolitische Fehlentwicklungen abgefedert werden sollen und Niedrigpreisexporte ermöglicht werden.“

Der BDM fordert die Verbände der Tierärzte als Partner der Landwirte auf, sich gemeinsam mit ihnen für eine wirtschaftlich nachhaltige Milchviehhaltung einzusetzen, die die Landwirte auch künftig in die Lage versetzt, ihren Tieren die bestmögliche Betreuung angedeihen zu lassen und ihre Tierärzte leistungsgerecht zu bezahlen. „In unserer Gesellschaft werden Tierwohlaspekte immer stärker eingefordert. Dafür braucht es eine starke Partnerschaft zwischen Milchviehhaltern und Tierärzten. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir uns von unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen auseinander dividieren lassen, sondern müssen gemeinsam an einem Strang ziehen. Bei den Milchviehhaltern muss im Sinne einer nachhaltigen Milchviehhaltung und Tierbetreuung ein deutlich höherer und damit kostendeckender Milcherzeugerpreis ankommen“, bekräftigt Romuald Schaber.

Pressekontakt: Hans Foldenauer, Sprecher des BDM, unter Tel.: 0170-56 380 56 oder **Jutta Weiß** unter Tel.: 0921- 16 27 170-12 oder 0178-25 17 661

Im Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V. (BDM) haben sich aktive Milcherzeuger zusammengeschlossen, die ein existenzielles Interesse an der Weiterführung ihrer Betriebe haben. Der BDM ist unabhängig, parteilos und vertritt ausschließlich die Interessen der Milchviehhalter.

Mehr Infos unter www.bdm-verband.org. **Pressemitteilung – 20.6.2017**

AbL für differenzierte Diskussion über Anbindeställe in der Milchviehhaltung.

Die Anbindehaltung von Milchkühen ist in die Schlagzeilen gekommen. Das Bundesland Hessen hat einen Vorstoß gemacht, die „ganzjährige Anbindehaltung“

zu verbieten. Handelsunternehmen greifen die öffentliche Debatte auf. Es gibt Überlegungen, Milch aus Anbindehaltung nicht mehr anzubieten.

Die Landesverbände Bayern und Baden-Württemberg der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft haben aus diesem Anlass ein eigenes Positionspapier zur Rinderhaltung herausgegeben. Die beiden Landesverbände unterstützen ein Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung mit strukturverträglichen Übergangszeiten, plädieren jedoch für eine Diskussion mit Augenmaß.

Petra Müller, AbL-Vorsitzende in Baden-Württemberg betont, dass die Weidehaltung in der öffentlichen Debatte immer wichtiger wird. „Der Handel macht es sich zu einfach. Gerade die kleineren Höfe betreiben oft Weidehaltung; das ist keine ganzjährige sondern eine saisonale Anbindehaltung.“

Josef Schmid, Landesvorsitzender in Bayern weist auf Untersuchungen hin, nach denen Kühe in Betrieben mit Anbindung und Weide im Durchschnitt den besten Gesundheitszustand aufweisen.

Franz Häußler, Landesvorsitzender in Baden-Württemberg, befürchtet, dass durch undifferenziertes Ausgrenzen der Anbindehaltung wichtige Themen wie artgerechte Fütterung, naturgemäße Rinderzucht oder Überschaubarkeit von Bestandsgrößen aus dem Blick geraten. Es würden gerade die Betriebe benachteiligt, die sich bisher dem permanenten Wachstum und der Industrialisierung der Landwirtschaft entgegengestellt haben. „Wenn die Tierhaltung vollends in die Großbetriebe verlagert wird, wird der Wunsch nach Weidehaltung durch den Alibi-Laufhof ersetzt.“

Die AbL fordert Anreize für Stallumbauten, die auch ohne preissenkend wirkendes Wachstum möglich sein müssen. „Solange die Politik und die von ihr gestalteten Rahmenbedingungen aber auch die Wissenschaft und die von ihr geschulten Berater weiterhin das Wachsen als Grundrichtung propagieren, führt das System in die falsche Richtung. Die Leidtragenden sind die Bauern und Bäuerinnen und ihre Tiere“ sagt Edith Lirsch, Landesvorsitzende in Bayern.

Die AbL erkennt an, dass es in einigen Bundesländern - beispielsweise in Bayern - gute Ansätze gibt, um eine bäuerliche Agrarstruktur durch eine angepasste Förderpolitik zu erhalten. Diese guten Ansätze müssen anderswo – beispielsweise auch in Baden-Württemberg, wo es noch viele Betriebe mit Anbindehaltung gibt – aufgegriffen und weiter ausgebaut werden.

http://www.abl-bw.de/fileadmin/Dokumente/AbL-BaWue/Pressemitteilungen/Positionspapier_AbL_BY_BW_Rinderhaltung_2017-06-20.pdf

Geschäftsstelle

Dr. Frieder Thomas Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft - Landesverband Baden-Württemberg
Marktstätte 26 78462 Konstanz
Tel 07531 28 29 39-1 Fax 07531 28 29 39-2 thomas@abl-ev.de www.abl-bw.de

AbL Landesverband Bayern Andrea Eiter Neidhardtstr. 29 ½ 86159 Augsburg
Tel 0821 4540951 Mobil 0170 9913463 Fax 0821 32873073 abl-bayern@web.de www.abl-bayern.info

Pressemitteilung zur Kooperation der Bio-Forschungseinrichtung FiBL mit der DLG, nach Meinung vieler die Speerspitze in Sachen Agrarindustrie, Gentechnik und Neoliberalismus:

DLG und FiBL unterzeichnen Kooperationsvertrag

27 Jun 2017

Auf den ersten bundesweiten Öko-Feldtagen unterzeichneten am 21. Juni 2017 die DLG (Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e.V.) und das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL Deutschland e.V.) einen Kooperationsvertrag. Darin formulieren beide Vereine Grundsätze einer zukünftigen Zusammenarbeit. Als erstes Themenfeld der fachlichen Kooperation wurde die gegenseitige Unterstützung bei den jeweils eigenständigen Öko-Feldtagen und den DLG-Feldtagen vereinbart.

„Ernährungssicherheit, Tierwohl, Artenvielfalt, Grundwasserschutz und Klimawandel beschreiben ein Spannungsfeld erheblicher Herausforderungen für die Landwirtschaft als Ganzes“, erklärt DLG-Präsident Carl-Albrecht Bartmer bei der Unterzeichnung auf der Hessischen Staatsdomäne Frankenhausen. „Dies erfordert gemeinsames Nachdenken und Kooperationen für nachhaltige Zukunftslösungen, eine Aufgabe, der sich FiBL und DLG stellen.“

„Stärken bündeln, Gemeinsamkeiten herausstellen, Eigenständigkeit bewahren“, auf dieser Basis sieht Dr. Robert Hermanowski, Geschäftsführer FiBL Deutschland e.V., einen guten Start für die Zusammenarbeit mit der DLG.

Auf den bundesweiten Öko-Feldtagen, die erstmals vom 21. bis 22. Juni 2017 auf der Domäne Frankenhausen stattfanden, unterstützte die DLG den Bereich der Maschinenvorfürungen. Im Gegenzug engagiert sich FiBL Deutschland e.V. beim Öko-Spezial der DLG-Feldtage 2018 in Bernburg-Strenzfeld. Weitere Felder der Zusammenarbeit sind denkbar bei den Themen Fortbildung, Tierwohl und Nachhaltigkeitsbewertung.

Agrarsubventionen – Liste deutscher Empfänger 2016

Von: [Ama Lorenz](#) | [EURACTIV.de](#)

26. Juni 2017 (aktualisiert: 26. Juni 2017)

Mehr als die Hälfte der deutschen Top 151 Agrarhilfe-Empfänger kommen aus der Privatwirtschaft. [\[BX Orange\]](#)

Wohin fließen die beträchtlichen Summen der europäischen Agrarsubventionen? Vor kurzem hat die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung die Datenbank der deutschen Empfänger von EU-Agrarfonds veröffentlicht. Das Ergebnis für 2016: im Ganzen weniger Mittel, aber die öffentliche Hand bleibt weiterhin Top-Empfänger.

Die [Transparenz-Initiative](#) der EU verpflichtet jeden Mitgliedstaat jährlich die Empfänger von Agrarhilfen des Vorjahres zu veröffentlichen. In Deutschland ist das die Aufgabe der Bundesanstalt des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Nach der jüngsten Aktualisierung flossen 2016 Subventionen in Höhe von 6,4 Milliarden Euro an 331.000 Begünstigte der deutschen Landwirtschaft.

Möchte man einen detaillierten Blick auf die [Datenbank](#) des Bundesministeriums werfen, trifft man auf ein altes Problem: Weder kann man eine vollständige Liste der Empfänger herunterladen oder überhaupt einsehen, noch sind Suchergebnisse mit mehr als 1.500 Treffern erhältlich.

Dabei lohnt sich ein genauer Blick auf die Verteilung des EU-Agrarfonds. Auch, wenn die Aufbereitung der Daten nicht unbedingt das Verständnis für die Zusammenhänge EU-Agrarsubventionen fördert, eines wird klar: Der mit Abstand größte Subventionsgewinner ist Deutschlands größte Molkerei, die DMK, deren Produkte unter den Marken wie Milram oder Humana hergestellt werden. Überhaupt konnten sich 2016 Betriebe der Milcherzeugung, Agrarhändler und der Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Husum über die üppigsten Subventionen freuen.

Die Top-Empfänger

[EURACTIV hat die TOP-Empfänger der EU-Agrarhilfen 2016](#) aufgelistet. Von den 151 Begünstigten mit Zuwendungen ab einer Million Euro gehört neben der DMK Deutsches Milchkontor GmbH (Gesamtsubvention 21.640.341,94 Euro) als Privatunternehmen und dem Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Husum (Gesamtsubvention 16.968.105,98 Euro) als öffentliche Institution, vor allem die privatwirtschaftliche Milcherzeugung zu den TOP-Begünstigten. Von der Agrarhilfe der TOP-150 in Höhe von 338.642.298,23 Euro erhielt die Privatwirtschaft (217.108.384,94 Euro) fast doppelt so viel wie die TOP 151 der Behörden von Land und Kommunen.

Planmäßige Absenkung der Agrarhilfen bis 2020

Der Haushaltsplan der EU stellt für Subventionen der europäischen Agrarwirtschaft zwei Fonds zur Verfügung: für die 1. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und für die 2. Säule den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). Während aus dem EGFL Direktzahlungen an Landwirte fließen und Maßnahmen zur "Regulierung oder Unterstützung der Agrarmärkte" finanziert werden sollen, will die Kommission mit dem ELER die Entwicklung des ländlichen Raums fördern. ELER-Mittel fließen allerdings nur, wenn sie mit weiteren nationalen Mitteln von Bund, Ländern und Kommunen kofinanziert werden.

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) stellt seit über 50 Jahren einen beträchtlichen Anteil – fast 40 Prozent – des gesamten EU-Budgets. Standen 2014 für beide Säulen noch 54,450 Milliarden Euro zur Verfügung, so sind es in 2016 nur noch 52 787 Milliarden Euro. Geplant ist die Reduzierung der GAP-Subventionen bis 2020 auf 49 031 Milliarden Euro. Dieser Betrag könnte sich allerdings nach dem Brexit weiter reduzieren. Laut EU- Agrarkommissar Phil Hogan kostet der Austritt der Briten den GAP-Fonds ungefähr drei Millionen Euro pro Jahr. Eine weitere Kürzung der Subventionen bei der nächsten Reform der EU-Agrarpolitik scheint also mehr als möglich.

Weitere Informationen

[Die Gemeinsame Agrarpolitik in Zahlen](#)

[Öffentliche Zahlungen für das EU-Haushaltsjahr 2016](#)

MdB Tackmann, Linke:

Koalition sitzt Ausverkauf des Bodens weiter aus

„Klammheimlich geraten immer mehr Agrarflächen in die Hände von landwirtschaftsfremden Investoren und Spekulanten. Damit verlieren vor Ort verankerte Landwirtschaftsbetriebe ihre Produktionsgrundlage an bundesweit oder gar international agierende Agrarkonzerne. Landwirtschaft und Dörfer werden weiter voneinander entfremdet. DIE LINKE hat deshalb beantragt, dem Treiben endlich Einhalt zu gebieten. Leider hat die Koalition bis auf zwei Kollegen, die sich enthalten haben, ihre Zustimmung verweigert und auch selbst keine Vorschläge zur Lösung des Problems unterbreitet“, kommentiert Dr. Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion das Abstimmungsergebnis der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der LINKEN (18/12551).

Tackmann weiter:

Es braucht dringend ordnungsrechtliche Schritte, um den Bodenmarkt endlich so zu regulieren, dass die Landwirtschaft auch zukünftig regional verankert sein kann und Landwirtschaftsbetriebe weiterhin überhaupt die Chance auf Bodenerwerb haben. Auf Länderzuständigkeit zu verweisen ist Drückebergerei, denn gegen bundesweit und international agierende Strukturen ist eine bundeseinheitliche Strategie notwendig. Außerdem bedeutet ein zersplittertes Bodenrecht der Länder auch mehr Rechtsunsicherheit.

Deshalb wäre eine Unterstützung des Antrags der LINKEN „Ausverkauf des Bodens an landwirtschaftsfremde Investoren stoppen – Bodenmarkt im Interesse der Landwirtschaft strenger regulieren“ so wichtig. Wer jetzt nicht agiert nimmt in Kauf, dass die ohnehin angespannte Lage auf dem Bodenmarkt weiter befeuert wird.

Unser Antrag beinhaltet nur die dringlichsten Maßnahmen, an denen es keinen Weg vorbei gibt, wenn man die Verteilung von Land in der politischen Verantwortung wahrnimmt und den besonderen Schutzstatus für die lebenserhaltende Ressource Boden wirksam verteidigen möchte. Zum Beispiel ist eine Offenlegung der Bodenbesitzverhältnisse dringend erforderlich, um Netzwerke zum Nachteil einer breiten Streuung des Bodeneigentums überhaupt erkennen zu können.

Um überregionale Holding-Strukturen wie die unterdessen insolvente KTG Agrar zu verhindern, fordern wir in unserem Antrag, bei der Agrarstrukturerhebung auch Tochterunternehmen auszuweisen und eine Genehmigungspflicht von Anteilskäufen an landwirtschaftlichen Unternehmen im Gesellschaftsrecht einzubinden. Share-Deals müssen im landwirtschaftlichen Sektor unterbunden werden!

Die Diskussion im Ausschuss hat gezeigt, dass unterdessen alle Fraktionen das Problem, auf das DIE LINKE seit Jahren hinweist, anerkennen. Aber es muss endlich gehandelt werden. Die Bundesregierung muss dringend tätig werden, bevor die Landwirte den Boden unter den Füßen verlieren und damit auch unsere Ernährungssouveränität infrage steht.“

Berlin, 22.06.2017

[Hier](#) der Antrag der der Bundestagsfraktion DIE LINKE zum Antrag 18/12551.

Für Fragen stehen wir Ihnen selbstverständlich zur Verfügung. Die Mitteilung wird auch auf der [Homepage](#) von Dr. Kirsten Tackmann veröffentlicht. Nutzen Sie die angegebene Kommentarfunktion für Ihre Fragen und Bemerkungen.

***AbL - Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
Pressemitteilung, Berlin, 20.06.2017***

Kein Pingpong zur Bodenmarktpolitik

**Gute Analysen und Konzepte liegen vor. Bund und Länder
müssen jetzt handeln**

Heute findet im Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) ein Gespräch zum landwirtschaftlichen Bodenmarkt statt, zu dem Staatssekretär Dr. Herman OnkoAeikens eingeladen hat. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) begrüßt diesen Vorstoß, denn die Lage am Bodenmarkt sei bedrohlich für bäuerliche Höfe. Steigende Pacht- und Kaufpreise drängten im gesamten Bundesgebiet zunehmend bäuerliche Betriebe vom Markt. Vor allem tierhaltende Betriebe seien betroffen, da sie aufgrund zu niedriger Erzeugerpreise bereits ökonomisch angeschlagen seien.

„Es ist zwar erklärtes agrarpolitisches Ziel, dass viele Betriebe Zugang zu Boden behalten und auch zusätzlich erhalten sollen, aber es fehlt nach wie vor die notwendige Überarbeitung der Gesetze. Wir brauchen wirksame Regeln und Kriterien im Grundstücksverkehrsrecht“, sagt Reiko Wöllert, Bauer aus

Haina in Thüringen und stellvertretender Bundesvorsitzender der AbL. „Beim Verkauf von Flächen sind bäuerliche Betriebe und junge Menschen, die eine Existenz in der Landwirtschaft gründen wollen, mit einem Vorkaufsrecht auszustatten. Liegt der Preis für Kauf oder Pacht um mehr als 20 Prozent über dem ortsüblichen Preis, ist eine Preis-Bremse einzuziehen“, nennt Wöllert nur einige Forderungen zur Gestaltung der Bodenmarktpolitik.

In Ostdeutschland ist die Situation laut AbL besonders angespannt. Hier habe die bisherige Privatisierungspraxis der bundeseigenen BVVG (Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH) dazu geführt, dass die öffentlichen Flächen überwiegend an Großbetriebe gegangen seien. In diese Großbetriebe würden sich nun zunehmend außerlandwirtschaftliche Investoren einkaufen. Diese Anteilskäufe müssten im ersten Schritt ebenfalls genehmigungspflichtig und grunderwerbssteuerpflichtig werden, fordert der stellvertretende AbL-Vorsitzende Wöllert. „Es sind noch 136.700 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche von der BVVG zu privatisieren. Künftig müssen bäuerliche Betriebe unter 250 Hektar, Existenzgründer und Nebenerwerbsbetriebe bevorzugt werden. Außerdem fordert die AbL, die Vergangenheit der bisherigen Vergabep Praxis aufzuarbeiten und öffentlich zugänglich zu machen“, ergänzt Wöllert.

Kritik übt die AbL auch an der Ausgestaltung der Direktzahlungen. Diese bevorteile die flächenstärksten, großen und durchrationalisierten Ackerbaubetriebe. „Schon jetzt kann die Bundesregierung agrarpolitisch gegensteuern. Deshalb ist der Aufschlag der Zahlungen auf die ersten Hektare deutlich anzuheben und die Umschichtung in zielgerichtete Umwelt- und Tierschutzmaßnahmen der landwirtschaftlichen Betriebe zu erhöhen“, so Wöllert.

Diese gesetzlichen Maßnahmen seien umso dringender geboten, als dass Deutschland im Jahr 2012 für die internationalen freiwilligen Leitlinien zu Boden der Vereinten Nationen (UN) unterschrieben habe.

Kontakte: Reiko Wöllert: 0176-96365145, Berit Thomsen: 0157-850752

NDR – Sendung „45 Minuten“

[Von der Massentierhaltung auf den Bauernhof](#)

26.06.2017 22:00 Uhr
45 Min

45 Min hat Hybridschwein Klara und drei Ferkel aus der Massentierhaltung befreit und auf einen naturnahen Bauernhof gebracht. Haben die Zuchttiere noch arttypische Instinkte? [Video \(44:24 min\)](#)

26. Juni 2017

■ **Neue Düngeverordnung ist in Kraft**

Was gibt es Neues in der Düngeverordnung, die vor Kurzem in Kraft getreten ist? Nachfolgend haben wir die Regelungen dargestellt, die ab sofort zu berücksichtigen sind - zum Beispiel, was die Stickstoff-Düngung nach der Getreideernte angeht.

[Artikel lesen](#)

***hib - heute im bundestag Nr. 400 – 27.6.2017:
Neues aus Ausschüssen und aktuelle parlamentarische Initiativen***
01. Steigende Nitrat-Werte im Grundwasser

Berlin: (hib/SCR) An 192 Messstellen sind laut Nitratbericht 2016 steigende Nitratwerte im Grundwasser verzeichnet worden. Die Unterschiede beziehen sich auf die Mittelwerte 2008 bis 2011 und 2012 bis 2014. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung ([18/12693](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([18/12439](#)) hervor. Zu den Gründen, warum an einzelnen Messstellen die Werte ansteigen, kann die Bundesregierung keine Angaben machen. Die Überwachung der Gewässer und die Ursachenermittlung lägen in der Zuständigkeit der Länder, heißt es in der Antwort.

03. Weniger Pestizid durch Öko-Landbau

Berlin: (hib/EIS) Der Einsatz von Pestiziden soll durch die Förderung der ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft verringert werden. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung ([18/12793](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ([18/12674](#)) zur Entwicklung der Pestizidmengen in Deutschland hervor. Dazu heißt es weiter, dass das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft im Februar 2017 die "Zukunftsstrategie ökologischer Landbau" (ZöL) vorgestellt hat. Im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" würden zudem in den Jahren 2017 bis 2020 Pflanzenschutzgeräte gefördert, die die ausgebrachte Pflanzenschutzmittelmenge reduzieren helfen.

hib - heute im bundestag Nr. 403 – 28.6.2017

Neues aus Ausschüssen und aktuelle parlamentarische Initiativen

04. Agrarausschuss lehnt Pestizid-Anträge ab

Berlin: (hib/EIS) Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat am Mittwochmorgen mehrere Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Reduktion von Pestiziden ([18/7240](#), [18/12382](#)) und für ein Verbot von Bienengiften ([18/12384](#)) abgelehnt. Die Ausschussmitglieder stimmten mit der Mehrheit von CDU/CSU und SPD bei Enthaltung der Fraktion Die Linke in zwei Abstimmungen und Ablehnung in einem Fall ([18/12382](#)) gegen die Annahme der Vorlagen im Plenum. Die Grünen hatten unter anderem gefordert, dass ein Pestizidreduktionsprogramm eingeführt werden soll, das die Landwirtschaft langfristig in die Lage versetzt, weitestgehend ohne Pestizide auszukommen. Darüber hinaus sollte ein Maßnahmenpaket erstellt werden, um den Einsatz des Wirkstoffes Glyphosat in Unkrautvernichtungsmitteln in der Landwirtschaft zu beenden. Auf EU-Ebene sollte für eine grundlegende Reform des Zulassungsverfahrens von Pestizidwirkstoffen geworben werden, die dem Stand der Wissenschaft Rechnung trage und eine Risikobewertung unabhängig von Einflüssen der Hersteller ermöglicht. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung den Einsatz besonders problematischer Stoffe wie der Totalherbizide Glyphosat und Glufosinat und der bienengefährdenden Neonikotinoide beenden. Außerdem sollten klare Reduktionsziele mit Kennzahlen und Zeitfenstern sowie die Leitlinien der "guten fachlichen Praxis" verbindlich und rechtssicher definiert werden. Die Bundesregierung sollte außerdem das von der EU-Kommission geplante Verbot der Wirkstoffe Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam im Außenbereich offensiv unterstützen. Denn die Regierung habe "in den letzten vier Jahren die Landwirte allein gelassen", kritisierten die Grünen. Der Nationale Aktionsplan habe sich als wirkungslos erwiesen und es sei ein Rückgang der biologischen Vielfalt zu verzeichnen. Die Union widersprach der Auslegung der Statistiken in den Anträgen. Man könne nicht behaupten, dass die Anwendungen zunehmen. In der Landwirtschaft würden Pflanzenschutzmittel verwendet, wenn es nötig ist. Der im Nationalen Aktionsplan gewählte Risikoansatz sei außerdem richtig und das maßgebliche EU-Pflanzenschutzrecht gründe auf einer Risikobewertung. Die Sozialdemokraten befürworteten, auf eine Reduzierung des Einsatzes solcher Mittel hinarbeiten zu müssen. Aber es sei weniger die Menge das Problem, sondern wie zielgerichtet und aus welchen Gründen Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden. "Glyphosat wird für alles eingesetzt", kritisierte die SPD. Anwendungsverbote für private ungeschulte Nutzer und für Kommunen sollten deshalb in Zukunft zur Reduktion beitragen. Die Linke attestierte einen deutlichen Rückgang der Insekten. Die Pestizide stünden deshalb zurecht im Zentrum der Aufmerksamkeit. "Die Landwirtschaft muss bienenfreundlicher werden", hieß es aus der Fraktion. Ertragserhalt und Ertragssteigerung sollten nicht das einzige Ziel in der Landwirtschaft sein. Die Lösung der Probleme durch Verbote sah die Fraktion jedoch nicht. Die Bundesregierung führte zu den Grünen-Anträgen aus, dass zum Schutz der Biodiversität unter anderem die Förderung der ökologischen Landbewirtschaftung beitragen soll.

FAZ - 27.06.2017:

Monsantos Unkrautvernichter

Kalifornien warnt: Glyphosat kann Krebs verursachen

... Der Saatgut-Konzern Monsanto hat mit seinem umstrittenen Unkrautvernichter Glyphosat einen Rückschlag in den Vereinigten Staaten erlitten. In Kalifornien teilte die zuständige Behörde für Gesundheit und Umwelt am Montag mit, Glyphosat werde ab dem 7. Juli auf die Liste mit Chemikalien gesetzt, die krebserregend sein können.

... Der amerikanische Konzern will gegen die Entscheidung in Kalifornien vorgehen und nannte sie „ungerechtfertigt auf der Basis von Wissenschaft und Gesetz“. Durch die Maßnahme in Kalifornien könnten Monsanto und andere Firmen, die solche Unkrautvernichter herstellen, dort gezwungen werden, Warnungen auf die Produktverpackungen zu kleben. Das Mittel wird unter anderem von Landwirten, auf Golfplätzen und in Weingebieten eingesetzt.

... Trotz des Verdachts krebserregend zu sein, kam die europäische Chemikalienagentur Echa im März zu dem Schluss, dass verfügbare wissenschaftliche Erkenntnisse nicht die Kriterien erfüllten, um Glyphosat als krebserregend zu bewerten.

Im vergangenen Jahr hatte die EU-Kommission das Mittel zunächst vorübergehend für weitere 18 Monate genehmigt, also bis Ende 2017. Mit dem Vorschlag einer Verlängerung um zehn Jahre bleibt sie nun unter dem bislang debattierten Zeitrahmen von 15 Jahren. Kritiker verlangen jedoch ein Verbot. Dafür will eine europäische Bürgerinitiative eine Million Stimmen sammeln.

Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) zum geplanten Freihandelsabkommen EU/Japan (JEFTA):

Wirtschaftlicher Druck auf bäuerliche Milchbetriebe steigt

AbL stellt sich an die Seite japanischer Bäuerinnen und Bauern. Nur Molkereien profitieren von JEFTA – Handelspolitik muss demokratisch sein

Die Freihandelsgespräche zu JEFTA laufen auf Hochtouren. Japan soll im Landwirtschaftssektor die Märkte für Milch und Fleisch aus Europa deutlich stärker öffnen als bisher. Das wird zu fallenden Erzeugerpreisen in Japan führen und bedroht damit die Existenz Tausender bäuerliche Betriebe in dem asiatischen Industrieland.

„Die AbL stellt sich klar auf die Seite der japanischen Berufskolleginnen und -kollegen. Es kann nicht sein, dass ein Handelsabkommen mit der EU dazu führt, dass in Japan bäuerliche Strukturen massiv unter Druck geraten“, kommentiert Elisabeth Waizenegger, Milchbäuerin im Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

Um die japanische Landwirtschaft auf JEFTA vorzubereiten, hat Japan erst kürzlich eine Änderung des Gesetzes „Livestock Stabilization Act“ im Milchsektor auf den Weg gebracht. „Das neue Gesetz wird im April 2018 in Kraft treten“, berichtet Shushi Okazaki von der japanischen Bauernorganisation Nominren gegenüber der AbL. Okazaki führt weiter aus: „Die Gesetzesänderung wird es Molkereien ermöglichen, die Erzeugerpreise nach unten zu drücken. Dadurch wird das Einkommen der meisten Milcherzeuger in Japan sinken. In Folge dessen werden Betriebe vermutlich aufgeben müssen.“

Laut Waizenegger ist das auch nicht Interesse europäischer Milcherzeuger: „Diese Politik bringt auch den Bäuerinnen und Bauern hier keinen Nutzen, ganz im Gegenteil. Die jüngste EU-Reform im Milchsektor hat in Deutschland dazu geführt, dass unsere bäuerliche Milchwirtschaft derzeit wegzubrechen droht und einer industriellen Produktionsform weichen soll. Diese Entwicklung ist der einseitigen europäischen Weltmarktorientierung geschuldet. Einzig die Milchindustrie, die vor allem billige Massenwaren exportiert, profitiert von JEFTA und Co. Unter diesen Vorzeichen dürfen die JEFTA-Verhandlungen nicht fortgesetzt werden. Im Gegensatz dazu befürwortet die AbL einen Handel unter fairen Bedingungen mit hochpreisigen Qualitätsprodukten, die eine Wertschöpfung ermöglichen“, fordert Waizenegger.

Die EU führt außer mit Japan mit sehr vielen Ländern dieser Welt bilaterale Handelsgespräche. Auch für die Verhandlungen mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten erhofft sich die EU noch in diesem Jahr einen Abschluss. Die brasilianische Fleischindustrie erwartet eine großzügige Marktöffnung in Europa für ihre billigen Rindfleischexporte. Mit dem CETA-Abkommen zwischen EU und Kanada, das noch in den EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert werden muss, öffnet die EU schon bald ihre übersättigten Märkte für zusätzliches billiges Schweine- und Rindfleisch aus Kanada. In diesem Sommer plant die EU den offiziellen Verhandlungsbeginn für ein Freihandelsabkommen mit Neuseeland und Australien, das nennenswerte Milchimporte aus diesen Ländern nach Europa erlauben würde, obwohl die hiesige Milchkrise noch nicht abgeklungen ist. „Die AbL fordert die deutsche Politik auf, umgehend auf eine Kehrtwende in der europäischen Handelspolitik hinzuwirken und CETA nicht zu ratifizieren. Stattdessen muss Handelspolitik demokratisch gestaltet werden und soziale und ökologische Ziele nach vorne stellen“, so Waizenegger.

Kontakte:

Shushi Okazaki: okazaki@nominren.ne.jp

Elisabeth Waizenegger: 08330-1413

Berit Thomsen, Internationale Politik, AbL: 0157-85075279

FAZ – 27.6.2017:

Brasiliens Präsident wegen Korruption angeklagt

Aus Sicht des Generalstaatsanwalt hat der Staatschef „das brasilianische Volk hintergangen“: Michel Temer soll Schmiergeld angenommen und dem weltgrößten Fleischkonzern dienlich gewesen sein. Muss der Präsident nun vor Gericht?

Die Schmiergeldaffäre um den weltgrößten Fleischkonzern JBS zieht Brasiliens Präsidenten immer tiefer in ihren Strudel: ...

Temer hatte 2016 die Macht nach der Amtsenthebung der linken Präsidentin **DilmaRousseff** übernommen. Der bei seinen Landsleuten äußerst unbeliebte Konservative steht seit Wochen selbst am Pranger. Er soll jahrelang Schmiergelder für seine Partei PMDB von dem Unternehmer Joesley Batista kassiert haben. Der Besitzer des Fleischverarbeitungskonzerns JBS hatte Temer jüngst angezeigt und unter anderem einen heimlich aufgenommen Mitschnitt eines Gesprächs zwischen den beiden als Beweisstück vorgelegt.

Janot beschuldigt den Präsidenten, Schmiergeldzahlungen akzeptiert und im Gegenzug zugunsten des JBS-Konzerns bei der Wettbewerbsbehörde interveniert zu haben. Als Beweis dafür legte er Fotos vor, auf denen zu sehen sein soll, wie Temers Vertrauter RochaLoures von einem JBS-Direktor einen Geldkoffer mit umgerechnet knapp 150.000 Euro entgegennimmt - als erste Anzahlung für seine Dienste. ...

Der Staatschef weigert sich bislang zurückzutreten, weil dies aus seiner Sicht einem Schuldeingeständnis gleichkäme. ... Sollte der Oberste Gerichtshof den Strafverfolgern stattgeben, müsste das Unterhaus darüber abstimmen, ob der Präsident auf die Anklagebank muss. Dazu müssten zwei Drittel der Volksvertreter dafür stimmen - also 342 der 513 Abgeordneten. Nach jetzigem Stand ist das sehr unwahrscheinlich.

Wegen des erbitterten Machtkampfs, der 2016 zur Absetzung Rousseffs führte, war Temer schon äußerst unbeliebt ins Amt gestartet. Nur 14 Prozent der Brasilianer sprachen sich vor einem Jahr für seine Regierung aus. Inzwischen glauben nur noch sieben Prozent, dass er einen guten Job macht. Mehrfach gab es im ganzen Land Demonstrationen, bei denen Temers Rücktritt gefordert wurde.

Südkurier

Protestaktion gegen Kuhstall für 1000 Tiere

Die Gegner des Kuhstalles für 1000 Tiere, der in Ostrach-Hahnennest gebaut werden soll, rufen am 1. Juli zu einer Protestaktion in Sigmaringen auf.

Der Arbeitskreis bäuerliche Landwirtschaft (AbL) beteiligt sich mit weiteren Akteuren des Aktionsbündnisses gegen den geplanten Bau des 1000-Kühe-Stalls in Hahnennest an einer Protestkundgebung am kommenden Samstag, 1. Juli, auf dem Leopoldsplatz in Sigmaringen. Los geht es um 11 Uhr und die Organisatoren hoffen auf viele Teilnehmer. "Auch die Perfektion des Stalls und die Betriebsanlage ändern nichts an der Tatsache, dass dieses Vorgehen langfristig scheitern muss, da die Konsumenten sich immer mehr von Fleisch und Milchprodukten abwenden und zur pflanzlichen Nahrung übergehen", heißt es in einer Pressemitteilung.

Augsburger Allgemeine 26. Juni 2017

PUTENMAST - „Widerstand ist möglich“

Gegner des Sonderheimer Projekts kamen zusammen

„Widerstand ist möglich“, mit diesen Worten begrüßte Grünen-Kreisrätin Heidi Terpoorten die Teilnehmer eines Informationsabends des Aktionsbündnisses „Stoppt den Saustall“, welches sich gegen industrielle Massentierhaltung in Nordschwaben wendet, gemeinsam mit Dieter Leippert vom Bund Naturschutz und SPD-Kreisrat Wolfgang Konle. Hauptpunkt war der Plan der Stadt Höchstädt, ein Gewerbegebiet in Sonderheim einzurichten. Einzig und allein, um die geplante Erweiterung des bisherigen Putenstalls hin zu einer Industrieanlage der Firma Putenhof Grüner Weg GmbH zu ermöglichen.

Die Planungen bedeuteten im Endeffekt laut Terpoorten eine jährliche Mast von etwa 136000 Putenküken sowie 34000 Putenhennen. Dies sei im Gegensatz zu den Behauptungen des Zweiten Höchstädter Bürgermeisters [Stephan Karge](#) eine deutliche Steigerung der Tierzahlen. Hier würden systematisch die Tiere an das Stallsystem angepasst. Da Puten sehr empfindliche Tiere sind, leiden sie unter einer derartigen industriellen Mast ganz besonders, so Terpoorten.

Der Höchstädter Stadtrat Wolfgang Konle schilderte im Anschluss daran die Gründe für seine Entscheidung, gegen die geplante Änderung des Flächennutzungsplans zu stimmen. Konle befürchtet durch die geplante industrielle Erweiterung eine erhebliche Mehrbelastung der Natur, der Umwelt und der hier lebenden Menschen.

Anschließend verdeutlichte Dieter Leippert anhand einer Präsentation Grundlagen des Planungsgutachtens. Ammoniak, Stickstoff, Nitrat sowie im Feinstaub gebundene Bioaerosole bedrohten möglicherweise Wasser, Boden, Luft und Gesundheit der Menschen in und um Blindheim, sowie im Naturschutzgebiet Apfelwörth. Leippert schildert, dass laut Windgutachten die Werte des Flughafens Neuburg an der Donau verwendet wurden. Der Standort Blindheim habe völlig andere Windverhältnissen, daher seien Zweifel angebracht.

Stephan Kreppold als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft in Schwaben, fragte am Ende des Vortrags nachdenklich: „Was bewegt einen Bauern eine derartige Industrieanlage zu bauen?“ Wie sieht bei einer derartigen Mast das Verhältnis Mensch Tier aus?“ Wie kann hier das Wohl der Tiere im Mittelpunkt bleiben?“ Bäuerliche ökologisch verträgliche Landwirtschaft fördern, das Wohl aller im Auge behalten und der Schutz der Heimat – das müsse zukünftig das Ziel einer modernen zukunftsorientierten Landwirtschaft sein. Darin waren sich alle einig. Heidi Terpoorten verteilte am Ende Vordrucke für einen möglichen individuellen schriftlichen Einwand, den jeder Bürger bei der Stadt [Höchstädt](#) einreichen kann. Frist ist der 3. Juli. (pm)

<https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm/>

Pressemitteilung – 26.6.2017

der „Tierärzte für verantwortbare Landwirtschaft e. V.“ Ferkelkastration - warum der 4te Weg ein Irrweg ist

Auf der Suche nach weiteren Alternativen zur Verhinderung des „Schweinegeruchs“ bei Eberfleisch kam zum wiederholten Male der Vorschlag auf, Schweine allein unter örtlicher Betäubung/lokaler Anästhesie zu kastrieren, analog zum Vorgehen bei z. B. Rindern.

Sogar in der Humanmedizin finden Sterilisationen, (die Durchtrennung der Samenstränge) unter lokaler Anästhesie statt, warum also nicht auch bei Schweinen, könnte man denken?

Aus welchen Gründen das ein Trugschluss ist, der auf z. T. gezielter(?) Fehlinformation basiert, erklärt *Tierärzte für verantwortbare Landwirtschaft e.V.* (TfVL e.V.) in dieser Stellungnahme.

Die anatomischen Gegebenheiten von Hoden und Samensträngen sind bei Ferkeln noch sehr klein.

Eine differenzierte Manipulation während der Injektion eines Lokalanästhetikums ist rein technisch schwierig, denn der Samenstrang ist bei unter sieben Tage alten Schweinen im Ggs. zu anderen Tierarten mit einem hängenden Skrotum/Hodensack wie z. B. Rindern fast nicht separat tast- und darstellbar.

Daraus resultiert ein zwangsweise falsches Vorgehen, indem die örtliche Betäubung in den Hoden selbst anstatt in den Samenstrang injiziert wird.

Der Hoden ist aber von einer Kapselhaut umgeben, die sich kaum dehnen kann und durch die Injektion des Lokalanästhetikums entsteht ein starker Druckanstieg im Hoden.

Dadurch ist dieses Vorgehen sehr schmerzhaft und nach guter veterinärmedizinischer Praxis nur unter Vollnarkose durchführbar.

Die richtige Methode, also die Injektion in den Samenstrang und zusätzlich in die Schnittstelle am Skrotum kann von Tierärztinnen und Tierärzten nur unter guten technischen Bedingungen erbracht werden, nicht jedoch unter Praxisbedingungen im Stall.

Außerdem sind für die ausreichende lokale Anästhesie in der Summe 4 Injektionen erforderlich. Allein schon aus diesen Gründen kann es keine Aufgabe sein, die man an Landwirte delegiert.

Eine weitere publizierte Variante ist die alleinige Anästhesie der Skrotumhaut, weil hier die meisten Schmerzrezeptoren sitzen.

Dann aber ist eine Betäubung des Samenstranges nicht gegeben, was de facto wieder einer Kastration ohne Betäubung gleichkommt.

Solange das richtige Gewebe getroffen wird, ist das für Schweine zugelassene Lokalanästhetikum Procain fast schmerzlos injizierbar.

Die angedachte Anwendung von Lidocain muss diesbezüglich kritisch hinterfragt werden.

Aus unserer Sicht ist die Kastration männlicher Ferkel unter alleiniger, unvollständiger und deshalb schmerzhafter Lokalanästhesie ein **Verstoß gegen das Tierschutzgesetz**.

Vor dem Analogieschluss zur Humanmedizin warnen wir. Nur Vasektomien finden unter örtlicher Betäubung statt. Die Herausnahme eines Hodens, also die Kastration, findet stets in Vollnarkose statt.

Warum dieser sog. „4. Weg in der Ferkelkastration“ von der Agrarbranche und ihrem Minister Schmidt favorisiert wird ist klar: Die Immunokastration ist zu teuer, die Betäubung der Ferkel durch Tierärzte ebenfalls, die Ebermast aufwendig und zudem wird diese von den Schlachtbetrieben gedeckelt.

Da erscheint die Lokalanästhesie und ihre Durchführung durch die Landwirte selbst ein günstiger Ausweg. Man ignoriert jedoch die Tatsache, dass nur über die Wirkung auf das Bewusstsein (Betäubung) in Kombination mit Analgetika über den Zeitraum des anhaltenden Wundschmerzes (mehrere Tage) eine ausreichende Schmerzhemmung zu erzielen ist.

Rechtlich ist eine Betäubung durch den Landwirt bei geltender Gesetzeslage jedoch nicht möglich. Der 4.Weg ist also de facto ein nicht gangbarer Irrweg!
An diesem Beispiel zeigt sich wieder einmal, dass die politische Forderung nach schmerzfreier, gleichzeitig kostengünstiger Ferkelkastration, die zudem auch noch Verbraucherakzeptanz findet, nicht erfüllbar ist.

Wann wird die Branche endlich einsehen, dass man diese Massen billigen Schweinefleisches nicht erzeugen kann, ohne die Tiere zu quälen, Gesetze zu missachten (TierSchG) und die Kosten für die verursachten Umweltschäden der Allgemeinheit aufzudrücken?

TfvL e.V. fordert die Reduzierung der Schweineproduktion auf ein Maß, in dem alle Schweine, ohne dass ihnen routinemäßig ihre körperliche Unversehrtheit genommen wird, ein ihren Bedürfnissen gemäßes Leben führen können. Wann endlich sorgt die Bundesregierung für die dazu erforderlichen Rahmenbedingungen und verlässt ihren fatalen, ideologiegetriebenen Kurs der wettbewerbsorientierten Schweineproduktion für den Weltmarkt?

Deutscher Tierschutzbund- 27.06.2017:

Ferkelkastration mit Lokalanästhesie tierschutzwidrig

Nachdem sich bereits die Bundestierärztekammer Anfang Juni kritisch zur Lokalanästhesie bei der Ferkelkastration geäußert hat, haben gestern auch die Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e.V. und die Tierärzte für verantwortbare Landwirtschaft e.V. ihre deutliche Ablehnung der Methode

öffentlich kommuniziert. Der Deutsche Tierschutzbund sieht die lokale Betäubung zur Ferkelkastration schon lange kritisch und spricht sich stattdessen für eine Stärkung der anderen Alternativen aus: Ebermast, Impfung gegen Ebergeruch und Kastration unter Vollnarkose. Auch im Rahmen der europaweiten Kampagne „#EndPigPain“ macht sich der Verband für ein Ende des Leidens von Schweinen in der Landwirtschaft stark – unter anderem für ein sofortiges Ende der betäubungslosen Ferkelkastration.

„Die Äußerungen der tierärztlichen Vereinigungen bestärken uns in unserer Argumentation: Die Injektionen bedeuten zusätzlichen Stress und Schmerzen und die Betäubung reicht nicht aus, um den Schmerz bei der Kastration vollständig auszuschalten“, erklärt Dr. Stefanie Zimmermann, Referentin für Tiere in der Landwirtschaft beim Deutschen Tierschutzbund. „Die Methode ist daher genau wie die betäubungslose Kastration ein Verstoß gegen das Tierschutzgesetz. Dass die Tiere weiter leiden, nur weil Wirtschaftlichkeit wieder mal vor Tierschutz geht, ist nicht hinzunehmen.“ Die betäubungslose Ferkelkastration ist ab 2019 verboten. Tierschützer und tierärztliche Vereinigungen befürchten mit der Lokalanästhesie nun eine weichgespülte „Lösung“ der Branche, die die Situation für die Tiere nicht verbessern und ausschließlich aus wirtschaftlichen Gründen als Option gesehen wird. Bei entsprechender Zulassung eines Lokalanästhetikums dürften Landwirte die lokale Betäubung selbst durchführen, was ökonomisch am günstigsten wäre. Mit der Ebermast, der Impfung gegen Ebergeruch und der Kastration unter Vollnarkose mit Schmerzmittelgabe gibt es jedoch bereits drei Alternativen, die praxistauglich und vor allem tierschutzgerecht sind.

Unterstützung des Bundesministers unverständlich

Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt hatte seine Unterstützung der Lokalanästhesie als „vierten Weg“ zugesagt. Warum er damit der Wirtschaftlichkeit Vorrang vor dem Tierschutz gewährt, bleibt für den Deutschen Tierschutzbund unverständlich. „Über mehrere Jahre wird diskutiert, die Branche signalisiert Lösungen, aber auf den letzten Metern wird eine andere tierschutzwidrige Methode aus dem Hut gezaubert, weil es am Ende um Kostenersparnis geht“, bewertet Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. „Genauso intensiv, wie sich die Tiernutzerlobby diese Trickereien ausdenkt, wäre es anzuraten, sich mit gleicher Intensität um die Umsetzung der bestehenden drei Alternativen zu kümmern und die Landwirte mit tierschutzorientierten Fördergeldern zu unterstützen. Der „vierte Weg“ darf kein Weg sein: Herr Bundesminister, beteiligen Sie sich nicht daran, das eigene Gesetz zum Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration ab 2019 zu unterlaufen.“

Hinweis an die Redaktionen: Mehr Informationen zum Hintergrund der betäubungslosen Ferkelkastration und ihren Alternativen finden Sie hier: www.tierschutzbund.de/ferkelkastration. Mehr Informationen zur Kampagne #EndPigPain finden Sie hier: www.tierschutzbund.de/endpigpain

Krimi-Lesung "Kalte Saat" mit Diskussion zum Vormarsch der Saatgutkonzerne



INKOTA lädt herzlich ein dabei zu sein, wenn Spiegel Online-Redakteur Christoph Seidler im Prinzessinnengarten aus seinem Krimi "Kalte Saat" vorliest. Der Ende 2016 erschienene fiktive Roman führt von einem Schweizer Datenbunker zum - tatsächlich existierenden - Saatgut-Tresor auf der norwegischen Inselgruppe Spitzbergen und deckt dabei die Machenschaften der großen Konzerne auf.

- **Was:** Lesung "Kalte Saat" mit anschließender Diskussion zum Vormarsch der Saatgutkonzerne
- **Wann:** Dienstag, 11. Juli 2017, 19 Uhr
- **Wo:** im Prinzessinnengarten, Prinzenstr. 35 – 38 / Prinzessinnenstr. 15 (U8 Moritzplatz), 10969 Berlin. Eintritt frei!

Tief unter den Gipfeln der Schweizer Alpen liegen die Geheimnisse der Welt. In einer Bunkeranlage im Berner Oberland schützen Großkonzerne ihre wertvollsten Computerdaten vor Spionage. Hier arbeitet der introvertierte Klimatechniker Henri. Jedenfalls bis er von seiner Freundin Marie zu einem Datendiebstahl überredet wird, der ihn den Job kostet - und Hinweise auf dubiose Machenschaften zu Tage fördert. Die nehmen gerade in der Abgeschiedenheit der Arktis ihren Anfang, bedrohen aber die ganze Welt. (Klappentext)

Im Anschluss an die spannende Lesung möchten wir uns mit einigen Gästen unterhalten, die einiges zum Thema Konzernmacht im Saatgutsektor zu sagen haben: Jutta Sundermann (Aktion Agrar), Anne Bundschuh (Gen-ethisches Netzwerk) und Thomas Dürmeier (Projekt Goliathwatch). Dabei soll es um die Gefahren von Biopiraterie, Grüner Gentechnik, "Big Data" und den anstehenden Großfusionen im Agrarbereich gehen sowie darum, was wir als Zivilgesellschaft gegen die Übermacht der Konzerne tun können.

Ausstellungseröffnung im Archezentrum

Archezentrum eröffnet kostenfreie Sonderausstellung „Uns geht es tierisch gut!“ mit einem Empfang am 25. Juni um 11 Uhr. Fotoausstellung des Fotokreises Lüchow-Dannenberg bis zum 10. September in Neuhaus zu sehen.

20. Juni Neuhaus Am 25. Juni 2017 um 11 Uhr eröffnet das Archezentrum Amt Neuhaus die kostenfreie Sonderausstellung „Uns geht es tierisch gut!“ des Fotokreises Lüchow-Dannenberg. Bis zum 10. September werden erstmalig die fotografischen Entdeckungen auf Bauernhöfen der Arche-Region von sechs Fotografinnen aus dem Wendland präsentiert. Der Titel "Uns geht es tierisch gut. Arche (er)leben - Arche sein" bringt es auf den Punkt, was die Bilder eindrucksvoll vermitteln: art- und tiergerechte Haltungen alter Haustierrassen in der Arche-Region Flusslandschaft Elbe!

Neben den Monatsthemen werden immer wieder auch Projekte durch den Fotokreis kreiert, bei denen Motive aus verschiedenen Blickwinkeln fotografisch interpretiert werden. Hierbei können sich alle Mitglieder beteiligen, die das jeweilige Thema reizt. Im zurückliegenden Jahr war es das tierische Leben auf Bauernhöfen der Arche-Region. „Wir freuen uns, dass Archehöfe aus dem Wendland wie auch aus dem Amt Neuhaus ausgewählt wurden, Schauplatz der Foto-Shootings zu sein“, so Holger Belz vom Archezentrum Amt Neuhaus, „Besonders bewegend sind die Bilder auf denen nicht nur die seltenen Haustierrassen zu sehen sind, sondern auch deren Halter“. Folgende Archebetriebe wurden im letzten Jahr besucht: Hof Bense (Rebenstorf), Schnuckenhof Esser (Zeetze), Hof Birkenbruch (Breese im Bruche) und Maximilians Kinderarche (Neuhaus/Elbe). Jeder ist eingeladen, die Fotografien zu erkunden und mit den Fotografinnen ins Gespräch zu kommen. Erstmals ausgestellt werden die Fotografien von Anita Baumert, Ernst-August Klare, Gabriela Zimmermann, Gerhard Walter, Ingrid Grunwald, Klaus Mayhack und Tanja Windeler.

243 Wörter / 1.802 Zeichen (mit Leerzeichen)

Was: Eröffnung Sonderausstellung „Uns geht es tierisch gut. Arche (er)leben – Arche sein“ vom Fotokreis Lüchow-Dannenberg in Neuhaus

Wann: 25. Juni 2017, 11:00 Uhr

Wo: Archezentrum Amt Neuhaus, Am Markt 5, 19273 Neuhaus / Elbe

Sonstiges: Empfang zur Eröffnung der Sonderausstellung für alle Interessierten mit Möglichkeit mit den Fotografinnen ins Gespräch zu kommen. Eintritt frei! Die Sonderausstellung wird bis zum 10. September zu sehen sein.

Tagung „Frei und fair? Internationaler Agrarhandel im Interesse von Mensch und Umwelt“

von Freitag, den 22. September bis Samstag, den 23. September 2017

Ob TTIP oder CETA - internationale Handelsabkommen sind umstritten. Im Zentrum der Kontroversen steht die Frage, wie die internationale Handelspolitik fair, sozial und ökologisch gestaltet werden kann.

Profitieren vom Freihandel nur die globalen Konzerne oder auch die weltweite Ernährungssicherheit?

Ist durch die neue US-Regierung eine Renaissance des Protektionismus zu erwarten?

Kann der internationale Handel mit Bioprodukten eine sinnvolle Strategie sein?

Detaillierte Informationen zum Tagungsablauf sowie eine Möglichkeit zur Online-Anmeldung finden Sie hier:

<http://www.akademie-hofgeismar.de/programm/detailansicht.php?category=start&exnr=17061>

Anmeldungen sind auch per E-Mail unter Angabe der Tagungsnummer 17061 möglich (bitte vollständige Adresse angeben).

Evangelische Akademie Hofgeismar , Gesundbrunnen 11, 34369 Hofgeismar ,
Tel.: 05671/881-0, Fax: 05671/881-154

www.akademie-hofgeismar.de

LINKS:

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/trickserei-kartellsuender-nutzen-die-wurstluecke-15078398.html>

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/investor-daniel-loeb-steigt-ein-auf-nestle-kommt-ein-sturm-zu/19979478.html>

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/nestle-mars-unilever-das-sind-die-groessten-lebensmittelhersteller-der-welt/19231996.html?nlayer=012+-+Megaaufmacher+2+-+Content-Box+mitte 11427624>

<file:///C:/Users/User/Downloads/Nachhaltigkeitsstrategie.pdf>

<http://www.zeit.de/2017/26/landwirtschaft-bodenerosion-boeden-nachhaltigkeit>

<http://www.taz.de/Leaks-des-EU-Japan-Abkommens/!5420548/>

<http://www.taz.de/NGO-Chef-ueber-Freihandelsabkommen/!5395280/>

<https://www.greenpeace.de/themen/umwelt-gesellschaft-wirtschaft/handelsabkommen/schlechter-scheitern>

<http://www.br.de/br-fernsehen/sendungen/dokthema/kampf-ums-saatgut-100.html>